Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 274. Montag, den 23. November 1908. 15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Reichswochenplauderer.

☾ „Acht Tage war der Frosch so krank, jetzt quakt er wieder, Gott sei Dank!" Unser lieber Reichskanzler, Bernhard der Freundliche, hat seine Gemütsruhe wiedergefunden. Seit im Schlosse zu Wildpark das erlösende Wort fiel von den „als ungerecht empfundenen Übertreibungen," hat Bernhard sich von dem ausgestandenen Schrecken überraschend schnell erholt. Keine Rücktrittsgedanken mehr, Bülow ist wieder ganz in seiner alten Rolle, er erfüllt wieder ganz die Funktion, die er von je dem Deutschen Reiche schuldig zu sein glaubte: die eines amüsanten, geistreichelnden Wochenplauderers.

Ist es die Möglichkeit! Wir reden schon garnicht mehr von der Ungeheuerlichkeit, daß dieser Kanzler es überhaupt wagen darf, für seine Amtsführung gerade in diesen Tagen 500 Millionen neuer Steuern zu verlangen. Darauf ist wiederholt hingewiesen worden, und wenn die bürgerliche Mehrheit des Reichstags es sich gefallen läßt, so tut sie es vermutlich in der Überzeugung, daß ihr Ansehen so wie so nicht mehr tiefer sinken kann. Aber daß die Verhandlungen über die neuen Steuern auch gerade von Bülow selbst eingeleitet und mit einer solchen Rede eingeleitet worden sind, das war denn doch mehr als wir erwartet hatten. Eine Rede, die in der Tat als Wochenplauderei in einem Provinzblatt dritter Güte eigentlich noch zu schlecht wäre!

Daß Fürst Bülow von Finanzen, vom Steuerwesen, überhaupt von politischer Ökonomie nichts versteht, wäre ihm schließlich so sehr nicht übel zu nehmen. Es kann unmöglich ein Mann alles verstehen. Und da er soeben erst auf seinem eigensten Gebiet, der auswärtigen Politik, einen so sonderbaren Nachweis von Befähigung erbracht, wer wollte da mit ihm rechten, daß er auf einem fremden und sehr schwierigen Gebiet noch weniger Bescheid weiß. Aber daß er es wagt, nach der soeben erlittenen fürchterlichen Blamage auch in die furchtbar ernste Frage der neuen Belastung des Volkes seine Geistreicheleien und Witzchen hineinzutragen, das ist das Bezeichnende.

Warum hat er denn eigentlich gesprochen? Eine sachliche Notwendigkeit lag nicht vor. Denn an dem Schicksal der Vorlage ändert es gar nichts, ob der Kanzler selbst oder der Schatzsekretär — der ja trotzdem noch dabei sein muß — sie begründet. Die Herren, die im Reichstag leider den Ausschlag geben, lassen sich in ihrem Verhalten durch keinerlei begründete oder unbegründete Argumente stören. Sie nehmen an, was zu ihren Zwecken paßt, und lehnen ab, was nicht dazu paßt, unbekümmert um gute, weniger gute und schlechte Reden vom Regierungstisch. Bülow konnte also ruhigen Gewissens schweigen und solche Leute reden lassen, die von der Sache etwas verstehen. Wenn er es nicht tat, wenn er Gewicht darauf legte, die Verhandlung selbst einzuleiten, so können nicht sachliche, sondern nur persönliche Gründe ihn dazu bestimmt haben. Und welcher Art dieser Gründe waren, das dürfte wohl unschwer zu erraten sein. Es lag ihm offenbar daran, unmittelbar nach seinem Gespräch mit dem Kaiser vor aller Welt darzutun, daß er noch ganz der alte ist, daß seine Stellung durchaus unerschüttert geblieben ist.

So werden wir regiert! Solche persönlichen Beweggründe reichen hin, um bei einer hochwichtigen, ja bei der wichtigsten öffentlichen Angelegenheit den Reichstag mit einer Rede zu regalieren, der man eigentlich schon zu viel Ehre antut, wenn man überhaupt nur Notiz von ihr nimmt.

Daß Bülow nur ein „Plauderer" ist — was man in gewöhnliches Deutsch am besten mit „Schwätzer" übersetzt — das ist freilich im Inland und Ausland längst bekannt. Aber wenn man sich nun schon drein gefunden hat, daß er alle Angelegenheiten, die ihn und sein engeres Ressort betreffen, mit seichtem „Geplauder" abwimmelt anstatt sie zu erledigen, — sollen denn nun auch die anderen Angelegenheiten des Reichs in der gleichen Art verseichtbeutelt werden? Es ist ja in der Tat kein Ausdruck scharf genug, um diese „Rede" zu kritisieren. Was soll man z. B. dazu sagen, daß die Frage, ob direkte oder indirekte Steuern, für Herrn Bülow „überwiegend theoretischer Natur" ist! Und das, obgleich er unmittelbar darauf fortfährt:

„Unser jährlicher Zuwachs an Nationalvermögen wird auf 3½ bis 4 Milliarden geschätzt, und . . . die Gesamtsumme der Einlagen der Sparkassen beträgt mehr als 12 Milliarden. Der Wert des Privatdepots bei den Banken steigt jährlich um 400 Millionen Mark. Ein solches Land ist nicht arm."

Der Schatzsekretär, der von dem Zusammenhang dieser Dinge denn doch etwas mehr zu verstehen scheint, gab unumwunden zu,

„daß die minderbemittelten Kreise von den Verbrauchsabgaben im Verhältnis zu ihrem Einkommen stärker belastet werden als die Besitzenden."

Das heißt also: durch Verbrauchsabgaben, durch indirekte Steuern werden gerade diejenigen am meisten belastet, die an dem Zuwachs des sogenannten „Nationalvermögens", an den Milliarden in den Sparkassen, an den Privatdepots in den Banken keinen Anteil haben! Aber für Herrn Bülow hat das alles nur „theoretische" Bedeutung.

Auf der gleichen Höhe steht sein unglaubliches Gerede über die Sparsamkeit:

„Sie ist würdiger, sie ist vornehmer, und gerade den Deutschen kleidet sie besser."

Was soll diese abgebrauchte Feuilletonphrase? Daß deswegen kein einziger „notleidender" Agrarier auch nur eine Flasche Wein weniger trinken wird, weiß Fürst Bülow doch ganz genau. Ja nicht einmal der Luxus für die Dienstwohnungen kommandierender Generäle — 36 000 bis 47 000 Mark jährlich aus Reichsmitteln — wird deswegen gemindert werden. Oder ein anderer, sehr naheliegender Fall: es ist noch gar nicht so lange her, da wurde der Gehalt des Reichskanzlers von 54 000 Mk. auf **100 000 Mk. jährlich** erhöht, und zwar damit er seinen „Repräsentationspflichten" genügen könne, d. h. um Feste zu geben, Bälle zu veranstalten usw. Also zum Luxus überflüssigster Art. Wird nun Fürst Bülow nach seiner Lobrede auf die Sparsamkeit, nach seinem Verdammungsurteil über allen überflüssigen Luxus mit gutem Beispiel vorangehen? Wird er erklären, Repräsentationspflichten sind Humbug, das deutsche Volk hat garnichts davon, ob im Reichskanzlerpalais so und so viel „Empfänge" stattfinden; wir unterlassen das, verzichten auf den dafür bestimmten Teil des Gehalts und geben ein Beispiel, daß man sich mit 54 000 Mk. pro Jahr schlecht und recht ernähren kann? — Wenn nicht, wenn Fürst Bülow nicht einmal selbst diese „würdigere, vornehmere, gerade den Deutschen besser kleidende" Tugend üben will, dann kann man nur annehmen, er habe mit seinem „geistreichen" Gerede den Reichstag etwa in derselben Art unterhalten wollen, wie das Frankfurter Kabarett in Donaueschingen den Kaiser unterhielt.

Doch wie gesagt, es lohnt nicht einmal, die Einzelheiten der Rede besonders unter die Lupe zu nehmen. Sie sind's nicht wert. Nötig war nur, an diesem eklatanten Beispiel wieder einmal zu konstatieren, mit welcher ostentativen und süffisanten Nichtachtung der Reichstag von den regierenden Herren behandelt wird. Es war in den letzten Wochen viel die Rede von „unserm" Ansehen im Auslande. Nun, durch die Enthüllungen des „Daily Telegraph" war das deutsche Volk nicht im geringsten blamiert, sondern nur einzelne Personen, die sich allerdings gern einbilden, das ganze Volk zu verkörpern. Daß aber der Reichstag sich eine solche Rede gefallen lassen muß, das ist in der Tat eine Blamage.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zu Reichstag

wurde am Sonnabend die erste Lesung der famosen Reichsfinanzreform fortgesetzt. Daß es die erste Lesung war, merkte man u. a. daran, daß die Herren Spahn und Paasche sich in die wallende Toga des oppositionellen Volkstribuns hüllten und die neuen Steuervorlagen einer Kritik unterwarfen, deren völlige Schärfe zu erreichen am heutigen Montag Herr Müller-Meiningen seinen ganzen Phrasenvorrat zusammen nehmen muß. Herr Paasche war übrigens insofern ehrlicher, als der Laienschüler Loyolas, als er ganz ehrlich zugab, daß man oppositionellen Reden bei erster Lesung nicht allzuviel Gewicht beilegen darf. Man soll das Zentrum nicht zu tragisch nehmen. Ganz recht. Die Nationalliberalen aber auch nicht, und die Freisinnigen und ihre antisemitischen Blockbrüder womöglich noch weniger. Beim Kuhhandel finden sich Rabbi und Mönch, mobiles und immobiles Kapital, Junker und Bourgeois zu rührender Eintracht, der freilich unholder Zank voraufgeht, zusammen. — Formell war die Rede Paasches entschieden besser als die Spahnsche Leistung. Auch schwang sich Herr Paasche zur Forderung einer Reichsvermögenssteuer auf. Solche Kühnheit war der Anlaß, daß Der von Rheinbaben ein herzzerreißendes Klagelied über den schrecklich belasteten Besitz losließ und seinen Ruf als scheinbar pfiffiger, tatsächlich dumm-plumper Zahlenjongleur glänzend bewährte. Trotz der häufigen derben Züchtigungen, die er für das gleiche Unterfangen erhalten, taschenspielerte er auch diesmal wieder mit den Partei- und Gewerkschaftssteuern, wie er die Beiträge der Proletarier zum Befreiungskampf ihrer Klasse zu benennen beliebt. Eine nähere Analyse des königlich preußischen Finanzministerblechs erübrigt sich. Nach einer erfreulich scharfen und temperamentvollen Absage des Polen von Dziembowski an das Bülowregiment der Volksentrechtung wurde die Weiterberatung auf Montag vertagt.

Wirkungen der Gassteuer.

Die Deutsche Gasglühlicht Aktien-Gesellschaft (Auergesellschaft) schreibt in ihrem neuesten Jahresbericht: „Die Projekte bezüglich der Besteuerung von Gas und Elektrizität sowie der Beleuchtungsmittel werden naturgemäß nicht ohne Einfluß auf den Geschäftsbetrieb unserer Gesellschaft sein. Mit diesen neuen Steuer-Projekten ist sowohl eine direkte Verteuerung der Selbstkosten, als eine indirekte durch Erschwerung des Betriebes verknüpft, die sich auf den Abnehmer im Auslande keineswegs abwälzen läßt. Da nun der größere Teil unserer gesamten Produkte im Auslande abgesetzt wird, und zwar unter schwierigen Konkurrenzverhältnissen, so fürchten wir, daß es sich bei dem Inkrafttreten derartiger Steuerprojekte nicht vermeiden lassen wird, den größeren Teil unserer Produktion nach dem Auslande zu verlegen, um dort konkurrenzfähig zu bleiben. Für die Gesellschaft selbst würde dies finanziell vielleicht keine so erheblichen Konsequenzen haben, da wir schon jetzt im Auslande Produktionsstätten unterhalten und es sich nur um erhebliche Ausdehnungen derselben handeln würde. Dagegen würde mit einer Verlegung ins Ausland in erster Reihe unser Arbeiterstamm betroffen werden. Wir beschäftigen in Berlin über 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Bei einer Verlegung der Produktion ins Ausland würde eine Reduktion um mehrere Tausend von Arbeitern in Aussicht zu nehmen sein, deren Verdienst den ausländischen Arbeitern zufallen würde."

Eine saubere Steuerpolitik, die die deutsche Industrie in das Ausland treibt und Tausende von Arbeitern brotlos macht. Werden die Sydowschen Steuerprojekte Gesetz, so werden nicht nur die Arbeiter der Gas- und Elektrizitätsindustrie, sondern vor allem auch die Tabakarbeiter schwer davon betroffen. Und das geschieht zu einer Zeit, wo sowieso schon Hunderttausende arbeitslos sind! So ersteigt die deutsche Steuerpolitik den Gipfel der Unvernunft!

Gegen einen besseren Bergarbeiterschutz

erklärt sich die „Kreuz-Zeitung". In einem langen Artikel versucht sie nachzuweisen, daß heute bereits von den Grubenherren alles getan wird, um die Arbeiter vor Unheil zu bewahren. Der Schluß des Artikels lautet:

„Es ist Pflicht, zur Ruhe und Mäßigkeit auch angesichts der Größe des Unheils zu mahnen, nicht zu verdammen, ehe alle Tatsachen gesprochen haben, nicht „Verbesserungen" aufzugreifen, ehe man sich Zeit zu ihrer Prüfung nehmen konnte."

Es sind ja keine Junker, die in der Grube Arbeit zu verrichten haben, sondern Proletarier. Zu deren Schutz darf der Staat nicht zu weit gehen, um nicht etwa den Profit der Aktionäre zu beschneiden. —

Nur keine Machtmittel anwenden!

Die „Nationalzeitung" stellt eine Betrachtung an über das Schicksal der sieben Finanzreformvorlagen, die selbstverständlich vorläufig gar keinen Wert haben. Interessant ist aber die daran geknüpfte Schlußbemerkung:

„Sozialliberale und sozialdemokratische Elemente wollen die Finanzreform als Sturmbock für die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems machen. Desto fester werden und müssen sich die Blockparteien zusammenschließen, um jegliche Verquickung dieser Finanzfrage, die sich zu einer nationalen Bedeutung erhebt, von den Kämpfen um die weitere naturgemäße Entwickelung unseres Verfassungslebens auszuschalten."

Dem deutschen Bürgertum ist durch die eigenartige politische Situation der Gegenwart seit langem wieder zum erstenmal ein Machtmittel an die Hand gegeben, um sich den Einfluß im Staate zu ertrotzen, den es schon lange sich hätte erkämpfen müssen. Aber wieder ist dieses „liberale" Bürgertum zu feig und zu schwachherzig, um die Gelegenheit zu benutzen. Die „„nationale" Bedeutung der Finanzfrage in dem von der „Nationalzeitung" angezogenen Sinne ist nur ein Vorwand für dieses Bürgertum, sich seiner Pflicht zu entziehen. Wirklich nationale Bedeutung würde die Finanzfrage erst gewinnen, wenn die liberalen Parteien den Mut haben würden, sie zu benutzen, um den Einfluß des Volkes und ihren eigenen Einfluß auf die Gestaltung der Geschicke des Reiches zu vermehren und es von den unheilvollen Einflüssen des persönlichen Regiments zu befreien. Damit würde auch die Finanzfrage selbst ein ganz anderes Gesicht gewinnen. Eine Volksvertretung, die wirklich die Verantwortung für ihre Beschlüsse trägt, die mehr ist als eine bloße Vollzieherin des Willens der

Regierung und des Monarchen, eine solche Volksvertretung wird die Finanzfrage unter ganz anderen Gesichtspunkten behandeln müssen, als wenn mit „Hipp hipp, hurra!" die Vorschläge der Regierung angenommen werden.

Aber Mut gehört dazu. Über den aber verfügen die „liberalen" Blockgesellen nicht mehr.

Eine neue Kaiserrede.

Die Stadt Berlin veranstaltete im Rathause eine Feier zum Jubiläum der Städteordnung, zu der auch der Kaiser mit großem Gefolge erschien. Er hielt im Rathause diese Rede:

„Es war mir eine besondere Freude, an der Jahrhundertfeier der Städteordnung teilzunehmen und unter den Bürgern meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin zu weilen. Die Städteordnung ist im Feuer der Freiheitskriege geschaffen und durch treue Opferwilligkeit der Bürger weiter ausgebildet worden. Das gibt mir die Hoffnung, daß sie auch in Zukunft den Geist echten Bürgertums bewahren, und daß sich nichts zwischen Fürst und Volk drängen werde. Zur Erinnerung an diesen Tag und zum Zeichen meiner huldvollen Gesinnung habe ich der Stadt Berlin mein Bildnis verliehen, das der Stadt später zugehen wird. Gott segne und schütze meine Haupt- und Residenzstadt Berlin."

Die „Tägl. Rundschau" bezeichnet es als einen Erfolg Bülows, daß der Kaiser diese Rede nicht, wie sonst üblich, frei gehalten, sondern vorgelesen habe. Das Manuskript der Rede hatte Bülow ihm kurz vorher überreicht.

Dänemark.

Eine Kleinigkeit. Die Unterschlagungen des früheren dänischen Justizministers Alberti betragen allein bei der Seeländischen Bauernbank 16½ Millionen Mark.

Österreich-Ungarn.

Ein neues Ministerium ist in Österreich gebildet worden, nachdem das bisherige gegangen ist. Einen Fortschritt aber hat das Land mit diesem Ministerwechsel nicht zu verzeichnen. Ist doch an Stelle des parlamentarischen Ministeriums Beck ein hauptsächlich aus Beamten bestehendes Kabinett getreten. An der Spitze des Kabinetts steht der frühere Minister des Innern, Freiherr v. Bienerth, ein Höriger der Christlich-sozialen. Diese Partei war es denn auch, welche an dem Sturz der Regierung Becks eifrigst mitgewirkt hat und für die Etablierung eines Ministeriums eingetreten ist, das vollständig unter der Botmäßigkeit der christlich-sozialen Partei stehen sollte. Unsere Genossen werden schon dafür sorgen, daß die Bäume des neuen Beamtenministeriums nicht in den Himmel wachsen.

Der Neunzigste. Nach einem harten Stichwahlkampf wurde in Innsbruck Genosse Holzhammer in den Reichsrat gewählt. Für unsere Partei wurden 2416 Stimmen abgegeben, die Deutschnationalen erhielten 1966 Stimmen. Wir haben nunmehr 90 Sitze im Parlament inne.

Rußland.

Dürfen Senatorssöhne ungestraft morden? Mit dieser Frage — also schreibt man aus Petersburg — befaßt man sich hier seit einigen Tagen im Ernst. Den Anlaß dazu gab eine mörderische Straßenszene, die sich am hellen lichten Tage auf dem Newsky abspielte und weniger durch ihre blutigen Folgen als durch die dabei zutage getretene Roheit der Petersburger „Aristokratensöhnchen" und die darauf gesetzte Straflosigkeit sowohl die Gesellschaft als die Presse in große Erregung brachte und Gegenstand scharfer Kontroversen geworden ist. Eines Nachmittags fuhren nämlich zwei Söhne des ehemaligen Chefs des Polizeidepartements und jetzigen Senators Kowalenski, ein Reiterfähnrich und ein Page, in einer Droschke durch den Newsky. Da stießen sie mit einem Gendarmerieautomobil, das von einem nichtuniformierten Gendarmen als Chauffeur geleitet wurde, zusammen und fielen auf die Straße. Obwohl beide unverletzt blieben, stürzte sich der Fähnrich auf den Chauffeur und bearbeitete ihn emsig mit den Fäusten. Die amüsante Szene lockte eine Menge Leute herbei, von denen einige den Fähnrich zu beruhigen suchten. Da geriet der jugendliche Kriegsmann in Raserei und ließ zwar den übel zugerichteten Automobilführer los, stürzte sich aber, vom Bruder, dem Pagen, nach Kräften unterstützt, auf einen Schutzmann, der gleichfalls beschwichtigend für den Chauffeur Partei ergriffen hatte. Als nun ein des Weges passierender Student meinte, daß „es nicht anginge, einen Schutzmann während der Ausübung seiner Amtspflicht zu verhauen", da zog der Fähnrich seinen Revolver und verwundete den Studenten lebensgefährlich. Unterdessen hatte der Schutzmann noch einen Hauswächter (einen Dwornik) herbeigeholt, um den Revolverhelden zu entwaffnen. Dieser feuerte aber weiter, und Schutzmann, Dwornik und Droschkenkutscher trugen sehr schwere Wunden davon. Jetzt erst ließen sich die Senatorssöhne von einem vorbeigehenden höheren Offizier festnehmen und nach der Polizeiwache bringen. Doch bald kam auch der benachrichtigte Vater, der ehemalige Chef des Polizeidepartements, und die scheingemäße Regelung der Affäre begann: die verbrecherischen Senatorssöhne kamen in Hausarrest, der eine in der Wohnung seines Vaters, der andere im Pagenkorps. Das ganze Vorkommnis wird aber, wie man schon jetzt weiß, völlig vertuscht werden; der Hauptheld, der Fähnrich, kommt vor ein gewöhnliches Offiziersgericht, das, aus Dienst- und Zechkameraden bestehend, die Metzelei mit lächerlich milder Strafe ahnden lassen wird. Dies geschieht in Petersburg, wo unter dem sogenannten außerordentlichen Schutz die geringste Verletzung eines Polizisten, ja auch nur ein unblutig verlaufender Widerstandsversuch gegen die Polizei, und wenn er auch von siebzehnjährigen Burschen gemacht wird, mit dem Tode bestraft wird!

72⅔ Jahre Katorga in einem Prozeßurteil. Wenn die Provinz überhaupt jetzt zahllose schmachvolle Urteile fällt, so zeichnet sich doch das Kriegskreisgericht von Nischni-Nowgorod in der letzten Zeit darin besonders aus. So hat es im neuesten Prozeß gegen eine Organisation der Sozialrevolutionäre, nämlich gegen die Wolgaschiffahrtsgruppe, über 15 Personen das entsetzliche Urteil von insgesamt 72⅔ Jahren Zwangsarbeit in Sibirien verhängt.

Serbien.

Der „beleidigte" Kronprinz. Das Belgrader Blatt „Politik" meldet: Als Kronprinz Georg Freitag nachmittag zu Fuß von seinem Palais nach dem Konak ging, begegnete ihm der österreichische Gesandte Graf Forgach, der ihn nicht grüßte. Der Kronprinz rief: „Es scheint, daß Sie mich nicht kennen wollen!" Darauf zog Graf Forgach den Hut und wollte sich beim Kronprinzen entschuldigen. Der Kronprinz kehrte jedoch Forgach den Rücken und ließ ihn stehen.

China.

Meuterei. In Nanking hat die dort garnisonierende Artillerie gemeutert. Es kam zu Straßenkämpfen. Zahlreiche Personen wurden getötet, viele verwundet. Viele Häuser wurden zerstört oder beschädigt. Die Ruhe wurde später wieder hergestellt.

Der Zusammenbruch des persönlichen Regiments.

Das war das Thema einer großen, glänzend besuchten Volksversammlung, die am gestrigen Sonntage, vormittags 11 Uhr, im Vereinshause tagte. Lange vor Beginn derselben war der Riesensaal schon gefüllt und immer neue Scharen der Lübecker Arbeiterschaft strömten herbei, um ihre Stimme zum Protest gegen das persönliche Regiment zu vereinen mit den Kundgebungen, die jetzt in allen Teilen Deutschlands veranstaltet werden.

Genosse Löwigt als Leiter der Versammlung verwies einleitend auf die vor einigen Tagen von den Lübecker bürgerlichen Parteien in den „Zentralhallen" veranstaltete Zusammenkunft, in der etwa 300 Personen ihre Befriedigung über das Verbleiben des Kanzlers ausgedrückt und sich für eine weitere Belastung der breiten Volksschichten erklärt hätten. Die heute hier tagende Riesenversammlung werde wohl zu einem anderen Urteil kommen über den Zusammenbruch des persönlichen Regiments. Bezeichnend sei die Autotelegraphierung Bülows seitens des Nationalliberalen Vereins. Man wolle eben, daß alles beim alten bleibe. Das Volk muß demgegenüber seine Stimme erheben und ein parlamentarisches Regiment verlangen. Weiter teilte Genosse Löwigt mit, daß an Stelle des leider plötzlich erkrankten Genossen Ledebour der vor kurzem in Ludwigshafen gewählte Reichstags-Abgeordnete J. Binder das Referat übernommen habe.

Hierauf nahm Genosse Binder das Wort zu seinem Vortrag. Er erklärte zunächst, daß es ihn mit Befriedigung erfülle, in einer so zahlreich besuchten Versammlung an dieser für die Partei so historischen Stätte reden zu dürfen.

Allüberall finden in diesen Tagen Versammlungen statt, die sich mit der Frage des persönlichen Regiments beschäftigen. Die Geschichte der Völker ist eine ununterbrochene Kette von Ereignissen und deren Folgen. Es gibt keine Folgen ohne vorhergegangene Ursachen. Die Völker haben auch ihre Naturgeschichte und wenn sich ihnen Hindernisse entgegenstellen, so entstehen unter Umständen Katastrophen. Es gibt im Völkerleben, wie im Leben einzelner Fälle, wo sich die Summe der Unzufriedenheit und Erbitterung, die sich im Laufe der Jahre angehäuft hat, einmal Luft macht, und ein verhältnismäßig unbedeutendes Ereignis hinreicht, um einen Sturm zu entfesseln. Wir sehen 100 Jahre nach der großen französischen Revolution die ebenso große Revolution in Rußland. Dort mußte endlich der unumschränkt herrschende Absolutismus kapitulieren.

Im November war es, als der deutsche Reichstag sich entrüstete über einen Vorfall, der Deutschland der Lächerlichkeit der ganzen Welt preisgegeben hat. Redner verweist auf die Ereignisse im Jahre 1808. Gerade am 9. November des Jahres 1848 ist der Revolutionär Robert Blum gefallen unter den Kugeln der Soldateska mit dem Rufe: „Ich sterbe für das Vaterland." Es gab damals in Deutschland noch ein freiheitlich denkendes Bürgertum; heute gibt es das nicht mehr. Wir leben in Deutschland in einer Monarchie, deren Grundlage das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht ist. Aber in den Einzelstaaten, den Hansestädten, in den Kommunen, da hindert ein Zensuswahlrecht den richtigen Ausdruck der Volksmeinung. Auch der Reichstag in seiner heutigen Zusammensetzung ist eine Körperschaft, die nicht das richtige Spiegelbild des Volkes gibt. Das werktätige Volk bekämpft nicht nur das persönliche Regiment, sondern neben diesem persönlichen Regiment auch noch einen anderen Machtfaktor: Das Kapital. Dieser Kampf ist schwer, aber er wird zum Ziele führen, und es wird eine Zeit geben, wo man nicht begreifen kann, daß eine große Masse des Volkes einem kleinen Teil für ein rundes Metallstück untertänig sein konnte.

Die letzten Tage waren sehr aufregend; aber es war für uns nichts Neues, was sich da abgespielt hat. Neu an der Sache ist schließlich nur die Veröffentlichung des Interviews im „Daily Telegraph". Wer weiß, was vielleicht schon alles unterdrückt worden ist. Der Redner geht auf das vielumstrittene Interview kurz ein. Das deutsche Volk, die Masse, glaubte nicht an die Echtheit der kaiserlichen Äußerungen, die dort veröffentlicht sind. Aus der Verblüffung wurde jedoch eine allgemeine Erregung, als zugegeben werden mußte, daß der Inhalt des Interviews richtig wiedergegeben sei und daß die Veröffentlichung mit Genehmigung der deutschen Regierung erfolgt war. Es stellte sich heraus, daß der Kaiser das Manuskript selbst vorher gelesen und seine Veröffentlichung als zweckmäßig gebilligt habe. Und niemand hat ihn daran gehindert. Da heißt es an einer Stelle: Ihr Engländer seid alle verrückt. Wir in Bayern verstehen unter verrückt, Leute, die nicht ganz normal sind. Wenn sich das Wort verrückt auf das Wettrüsten beziehen sollte, so läßt sich dagegen nichts einwenden. Dann heißt es in dem Interview weiter, daß der Kaiser von seinem Generalstab einen Feldzugsplan gegen die Buren habe ausarbeiten lassen und an Lord Roberts gesandt habe. Aus reiner Englandfreundschaft habe der Kaiser das getan. Er habe England die Freundschaftshand reichen wollen, aber das gerade Gegenteil habe er damit erreicht. Um den Engländern begreiflich zu machen, welcher Freund er für sie ist, behauptete der Kaiser, daß er sich mit seiner Freundschaft für England in Deutschland in der Minderheit befinde. Insbesondere die vorwaltende Gesinnung in breiten Schichten der mittleren und unteren Klassen sei England nicht günstig gesinnt. Das Gegenteil ist wahr. Gerade die breiten Schichten der Bevölkerung wollen mit dem englischen Volke in Frieden leben wie mit allen Völkern der Welt. Die unteren Schichten haben nur einen Feind, und zwar ist es das Kapital. Wenn die arbeitende Bevölkerung nicht durch ihre internationalen Beziehungen so eng mit einander verbunden wären, so wäre ein Krieg sehr wahrscheinlich die Folge der veröffentlichten Unterredungen gewesen. Große Opfer an Gut und Blut würde dieser gekostet haben. Das deutsche Volk will keinen Krieg mit England, es hat ganz andere Interessen. Der verantwortliche Reichskanzler aber hat das Interview vorher nicht einmal gelesen, niemand wußte davon. Der Reichstag hat sich in zwei Sitzungen mit der Sache beschäftigt, jedoch ist das Ergebnis der zweitägigen Debatten völlig unbefriedigend. Es sind mehr oder weniger scharfe, mehr oder weniger persönliche oder prinzipielle Reden gegen den Kaiser und den Reichskanzler gehalten worden, aber praktisch ist nichts erreicht worden. Und die verschiedensten bürgerlichen Parteien beginnen schon jetzt wieder einzulenken. Die freisinnige „Bresl. Morgenztg." schrieb kürzlich: Wir werden schlecht regiert. Es geht nicht an, daß ein großes Volk dem Willen eines einzelnen untergeordnet ist. Die Nationalliberalen, besonders ihre Presse, haben die Beseitigung des persönlichen Regiments gefordert. Selbstverständlich hat unsere Presse nicht nur die Beseitigung Bülows, sondern die Beseitigung des Regierungssystems nachdrücklichst gefordert. Und nun soll alles beim alten bleiben. Die Konservativen sind zwar auch für die Beseitigung des persönlichen Regiments, aber sie wollten an dessen Stelle das aristokratische setzen nach ihrem bekannten Grundsatz: Und der König absolut, wenn er unseren Willen tut.

Genosse Binder gab sodann eine kurze Schilderung über den Verlauf der Debatten im Reichstage. Es waren zwei hochbedeutende Tage. Alle Parteien ohne Ausnahme haben sehr scharfe Worte gebraucht. Erster Redner war bekanntlich Bassermann. Er fand so kräftige Töne, wie sie von bürgerlicher Seite schon lange nicht gehört wurden. Aber die ganze Wirkung dieser Rede war wie mit einem Schwamm weggewischt, als Bassermann zu einem Vertrauensvotum für Bülow kam. Die Rede war wie Bassermann selbst; echt nationalliberal. Dann kam der Volksparteiler Wiemer. Er sprach sogar noch ein paar Töne schärfer, bei den Blockfreisinnigen schon eine ganz respektable Leistung. Im Gegensatz zu Bassermann verlangte Wiemer konstitutionelle Garantien. Ein Satz aus Wiemers Rede war bemerkenswert; er sagte, man müsse an höchster Stelle mehr Kopf und weniger Zunge haben. Die Situation wurde eine andere, als unser Genosse Singer seine Rede begann. In eingehender und trefflicher Weise habe unser Genosse die Forderungen der Sozialdemokratie begründet. Es sei infolge der Höflingswirtschaft niemand da, der an „höchster Stelle" den Gedankengang des Volkes zum Ausdruck bringt. Das ergibt sich aus den verschiedenen Kaiserreden. Singer forderte ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz, Mitwirkung des Reichstages an der Ernennung des Kanzlers und der Staatssekretäre, um der Höflingswirtschaft ein Ende zu machen; ferner Mitwirkung des Reichstages bei Entscheidung über Krieg und Frieden. Wir befinden uns mitten in einer Finanznot, da hätte der Reichstag die günstigste Gelegenheit, durch sein Geldbewilligungsrecht sich diese Garantien zu erzwingen. In England ist etwas Derartiges, wie es jetzt in Deutschland geschehen ist, nicht möglich, und der Reichskanzler könnte nicht eine Stunde mehr auf seinem Platze bleiben, nach einer solchen Blamage. Nach Singer sprachen bekanntlich zwei Redner der Rechten, worauf dann Bülow seine diesmal zitatenarme, inhaltsleere Kanzlerrede vortrug. Er sagte, daß er nicht noch mehr Schaden anrichten wolle, als schon angerichtet sei. Nur die getreuen Junker auf der äußersten Rechten applaudierten dem Blockvater. Mit der Rede des württembergischen Volksparteilers Haußmann könnte man sich in vielen Punkten einverstanden erklären. Er wies darauf hin, daß, während der Reichstag und das deutsche Volk schwere Tage gehabt habe, der Kaiser sich auf seinen gewohnten Jagden in Donaueschingen amüsierte. Das Zentrum erklärte, daß, wenn es gewußt hätte, daß unsere Kriegsflotte zum Kriege in den ostasiatischen Gewässern benutzt werden solle, es nicht für die Flottenvorlage gestimmt hätte. Der Standpunkt unserer Fraktion kam am zweiten Tage noch einmal in einer wirksamen, wuchtigen Rede Heines zum Ausdruck.

Wir Sozialdemokraten treten ein für die persönliche Freiheit, aber wir meinen nicht die Freiheit, daß ein einzelner sich über eine große Masse stellt. Wir sind gegen jedes persönliche Regiment.

Redner wendet sich hierauf der Reichsfinanzreform zu. Der gegenwärtige Reichstag — so führte Redner aus — ist bekanntlich der Blockreichstag und Bülow der Blockvater. Gerade die sogenannte Finanzreform wird zeigen, wie unnatürlich dieses eigenartige Gebilde ist. Das kann schon jetzt gesagt werden, daß wir sowohl mit der Aufbringung als auch mit der Verwendung der neuen Steuergelder nicht einverstanden sind. So beträgt, um nur ein Beispiel hier anzuführen, die Einnahmen aus der Biersteuer gegenwärtig 50 Millionen Mark, durch die sogenannte Reform will der Schatzsekretär nicht weniger als 100 Millionen Mark mehr, also 150 Millionen Mark herausschlagen. Diese Tendenz geht auch durch die anderen Steuerprojekte. Die bürgerlichen Parteien verstehen es meisterhaft, sich selbst zu schonen und der großen Masse die Lasten aufzubürden. Am besten kann man dies bei der bayrischen Einkommensteuer beobachten. Die Sozialdemokratie lehnt jede indirekte Steuer ab. Die hohen indirekten Steuern, die jetzt gezahlt werden müssen, sind mehr als genug; wir verlangen deshalb eine Besteuerung der großen Einkommen und Vermögen. Man verweist uns immer auf England mit seinen höheren indirekten Steuern. Dort beginnt aber die Einkommensteuer erst bei einem Einkommen von 3000 Mark. Der Vortragende zitierte weiter eine ganze Reihe von Preßstimmen, die sich gegen die neuen Steuerentwürfe wenden. Auch die Matrikularbeiträge sollen auf fünf Jahre festgelegt und erhöht werden. Es wäre geradezu verhängnisvoll, wenn der Reichstag durch Zustimmung zu diesem Vorschlage sich seines Budgetrechts begeben wollte. Unsere Schuldenlast ist auf annähernd 5 Milliarden Mark angewachsen. Bülow meinte, die neuen Steuern auf Bier, Branntwein und Tabak seien ja eigentlich freiwillige, sogenannte Genußsteuern; es lege sich jeder, der Bier oder Wein trinke, oder eine Zigarre rauche, eine freiwillige Steuer auf, die in Fortfall kommt, wenn der Genuß des Bieres eben unterbleibt. Man wolle dem Arbeiter eben möglichst jeden Genuß unmöglich machen.

Durch die eifrigste Propaganda unserer Ideen, durch die Ausbreitung des Sozialismus werden wir die Situation ausnutzen müssen. Es muß der sozialistische Gedanke immer mehr Gemeingut der großen Masse und endlich des ganzen Volkes werden. Der beste Agitator für den Sozialismus ist unsere Arbeiterpresse, für deren weiteste Verbreitung jeder Genosse und jede Genossin arbeiten muß. Der Eintritt in die Gewerkschaften muß ebenfalls von jedem Arbeiter erwartet werden. Gerade auf diesem Gebiete ist noch unendlich viel zu tun, denn viele stehen noch abseits. Es gibt noch große Scharen, die wohl ernten, aber nicht säen wollen, sie warten auf die Erfolge, die sie nicht mit erfochten haben. Die große Masse des arbeitenden Volkes muß organisiert werden, dann werden wir fortschreiten trotz alledem! (Langanhaltender Beifall.)

Zum Schluß gedachte Genosse Binder mit warmen Worten der zahllosen Opfer des Grubenkapitals, der Verunglückten der Zeche Radbod.

Genosse Weyers schilderte in der nunmehr eröffneten freien Diskussion als Rheinländer aus eigener Anschauung wie der unersättliche Kapitalismus sich gerade im westlichen Industriebezirk am krassesten bemerkbar macht. Das Unter-

nehmertum sei nur darauf bedacht, hohe Profite einzuheimsen, Menschenleben sind ihm gleichgültig. Nun erst recht müssen wir uns geloben, für die Ausbreitung des Sozialismus zu sorgen. Wir müssen an die Massen appellieren. Ein jeder ist berufen, das Evangelium des Sozialismus in jedes Arbeiterhaus zu tragen.

Genosse Kasparek schlug vor, eine Tellersammlung für die Hinterbliebenen der Verunglückten von „Radbod" vorzunehmen. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. 174,90 Mark, aus Arbeitergroschen gesammelt, kamen zusammen. Die Summe wird dem Deutschen Bergarbeiterverband zur Verteilung an die Hinterbliebenen der Verunglückten überwiesen.

Der Vorsitzende brachte darauf folgende Resolution zur Abstimmung, die einstimmige Annahme fand.

Die am 22. November 1908 im Vereinshaus abgehaltene von mehr als 2000 Personen besuchte Versammlung sieht in der zerfahrenen und widerspruchsvollen Politik der deutschen Regierung eine Quelle fortdauernder Beunruhigung, eine stete Gefahr für den Weltfrieden. Ein Ausfluß des Absolutismus, ist sie nur möglich dadurch, daß die kapitalistischen Klassen auf eine freiheitliche Ausgestaltung des Staatswesens verzichten, gegen Gewährung unbeschränkter Freiheit in der wirtschaftlichen Ausbeutung des Volkes. Parallel mit der planlosen, nur zu fortwährend sich wiederholenden Blamagen und Störungen des guten Einvernehmens mit anderen Völkern führenden Welt-Politik läuft die unausgesetzte Steigerung der kriegerischen Rüstungen zu Land und zu Wasser, die wiederum zur stetigen Vermehrung der ohnehin erdrückenden Belastung des arbeitenden Volkes führt. Die ungeheure Schuldenlast des Reiches, eine Folge des Militarismus und Marinismus, hat zu dem Trugspiel der sogenannten Finanzreform geführt, die im Kern nichts anderes bedeutet, als neue ungerechte Steuern, die in der Hauptsache das arbeitende Volk belasten. Die Versammlung erwartet allein von der Sozialdemokratie eine energische Bekämpfung des unheilvollen und unhaltbaren herrschenden Systems und der damit verbundenen schweren Belastung des Volkes durch neue unerträgliche und ungerechte Steuern. Gerade die jämmerliche Haltung der bürgerlichen Parteien in der Frage des persönlichen Regiments bestärkt die Versammelten in dieser Auffassung und deshalb versprechen sie, überall für die Ausbreitung der Ideen des Sozialismus Sorge tragen zu wollen.

Der Vorsitzende hob zum Schluß noch hervor, daß die bürgerlichen Parteien schon jetzt in Gesangvereinen und Innungen für die Bürgerschaftswahlen agitieren. Das müsse für die Arbeiter ein Ansporn sein, gleichfalls ihre Schuldigkeit zu tun. Vor allen Dingen sei es nötig, das Bürgerrecht zu erwerben. Nachdem Redner betont hatte, daß nach ihm gewordenen Informationen die Ergebnisse der Beweiserhebungen, die anläßlich des Wahlprotestes erfolgt sind, absolut keinen Anhalt für die niederträchtige Lüge der bürgerlichen Parteien bieten, von der Sozialdemokratie seien planmäßig Wahlfälschungen erfolgt, stimmte die Versammlung begeistert in ein dreifaches Hoch auf die völkerbefreiende Sozialdemokratie ein. Gegen 1 Uhr erfolgte der Schluß der imposanten Kundgebung.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 23. November.

Achtung, Zimmerer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Salow und Höpner die Sperre verhängt. In Betracht kommt der Bau Grützmühle.

Achtung Zimmerer! Über das Geschäft des Zimmermeisters Naumann in Eckhorst ist seitens der Zahlstelle Stockelsdorf der Zimmerer die Sperre verhängt.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Mädel, Fackenburger Allee Nr. 51, Jabs, Werderstraße die Sperre verhängt. In Betracht kommen folgende Bauten der Firma Görner u. Heidenreich: Fünfhausen Nr. 21—23, Grützmühle in der Hafenstraße, Sielbau Marli, Kaltenhof bei Schwartau.

Achtung Bauarbeiter! Über die Sielbauarbeiten in der Marlistraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinnehaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten F. Mädel und J. Jabs im Fünfhausen und über den Bau Hafenstraße (Grützmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

Wie sonderbar sich in den Köpfen der Zünftler die Welt malt, davon zeugt eine Rede des Malerinnungsmeisters Eder, die dieser — bezeichnenderweise im hiesigen nationalliberalen Verein hielt. Er sagte nach dem Amtsblatt bezüglich des Gesellenwesens u. a.:

„Die Gesellen hatten sich zum Zwecke ihrer eigenen Fortbildung und der Schaffung von Unterstützungskassen, sowie auch zur Erzielung höherer Löhne zu freien Vereinigungen zusammengeschlossen. Als sie aber zu ihrem Unglück vollständig in die Hände der Sozialdemokratie gerieten, als die Gesellen nur noch die Losung „Solidarität" kannten, war ihr einzigstes Streben nur noch die Erzwingung höherer Löhne. Wie aber stand es demgegenüber mit den Leistungen der Gesellen? Von einer eigenen Fortbildung zu tüchtigeren Leistungen entsprechend den höheren Löhnen war nirgends mehr eine Spur zu entdecken. Diese der Abwehr dringend bedürftigen Zustände führten zur Bildung der Arbeitgeberverbände. Redner ging dann etwas näher auf die Erfolge des Arbeitgeberverbandes im Malergewerbe ein und schloß mit dem Wunsche, daß Arbeitgeberverbände auf gesetzliche Grundlagen gestellt und mit den Innungen verschmolzen werden möchten."

Das ist die unverfälschte rückständige Ansicht der Zünftler. Die Solidarität der Gesellen, die sich durch gemeinsames Vorgehen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und damit ein menschenwürdigeres Dasein schaffen wollen, ist ihnen ein Greuel. Wenn man die Worte des Herrn Eder liest, so erwecken sie ferner den Anschein, als ob die Gesellen durchweg minderwertig seien und ihre „höheren Löhne" halb umsonst bekämen. Natürlich ist das eine freie zünftlerische Erfindung. Die Herren verstehen es auch heutzutage noch recht gut, aus den Knochen ihrer Gesellen Goldstücke für sich herauszuwirtschaften. Daß es ein Glück für die Gesellen ist, wenn sie „vollständig in die Hände der Sozialdemokraten gekommen sind," beweist die Wut der Krauter, die am liebsten mittelalterliche Zustände herbeiwünschten. Herr Eder wünscht schließlich, daß die Arbeitgeberverbände auf gesetzliche Grundlagen gestellt werden möchten. Damit hat er jedenfalls das ungesetzliche System der schwarzen Listen, das auch vom hiesigen Arbeitgeberverband des Malergewerbes bereits angewendet worden ist, kritisieren wollen. Wir drucken die Äußerungen Eders ab, damit die Gesellen wissen, wie man in Arbeitgeberkreisen sie vor den Augen der Öffentlichkeit herabzuwürdigen versucht.

Aus dem Schuhmachergewerbe. Auch im Schuhmachergewerbe macht sich die Krise allmählich fühlbar, indem viel mit verkürzter Arbeitszeit sowie unter Aussetzung gearbeitet wird. Es kommt daher die Arbeitslosenunterstützung sehr gelegen, besonders den verheirateten Kollegen, sodaß sie wenigstens mit ihrer Familie noch nicht gänzlich am Hungertuche nagen müssen. Die Arbeitgeber dagegen scheinen bei dieser Gelegenheit darauf hinzuarbeiten, gerade die Arbeiter zu entlassen, die ihnen ein Dorn im Auge sind, weil sie in der Lohnbewegung ihre Interessen vertreten haben. Es wurde schon im August von uns darauf hingewiesen, daß ein Arbeitgeber einen guten Arbeiter entließ, der jahrelang bei ihm gearbeitet hatte; er hatte sich erdreistet krank zu werden. Der Zweite ist bald gefolgt. Dies kennzeichnet besonsonders die im April ds. Js. vereinbarte Abmachung, wonach von seiten des Arbeitgebers ein gesicherter Lohn vorgeschlagen wurde; jetzt werden gerade verheiratete Arbeiter auf die Straße gesetzt. Das wird die Kollegen aber nicht beirren, sondern sie werden daher noch fester zusammenhalten als bisher. Zugleich sei die Arbeiterschaft noch darauf hingewiesen, daß die Sperre wegen Nichtanerkennung unserer Organisation bei Peter Bernhard, Hüxterdamm 10 und Dettmann, Königstraße 24, bis auf weiteres noch besteht. Wir ersuchen die Arbeiterschaft, hiervon gefälligst Notiz zu nehmen. Den Kollegen zur Erinnerung, daß Dienstag, den 24. ds. Mts., unsere Mitgliederversammlung stattfindet, in der wichtige Sachen zu erledigen sind. Zahlreiches Erscheinen ist daher erwünscht.

Der durchgehende Lastfuhrwerksverkehr sowie das Treiben und Führen von Vieh über die Straße „Am Bahnhof" wird hiermit verboten. Zuwiderhandlungen werden auf Grund des § 366[10] R.-St.-G.-B. bestraft.

Stapellauf. Am Sonnabend nachmittag 3½ Uhr wurde auf der Kochschen Schiffswerft ein für Aarhus-Bugton Dampfskibsselskab in Aarhus, Dänemark erbauter Dampfer seinem Element übergeben. Das Schiff erhielt den Namen „Helgenaes" und hat folgende Abmessungen: größte Länge 105', Breite auf dem Hauptspant 20' 6" und eine Seitentiefe bis zum Hauptdeck von 9' 6". „Helgenaes" soll als Fracht- und Passagierdampfer die Aarhusbucht und das Kattegatt befahren; eine Kompound-Schraubenschiffsmaschine von zirka 250 Pferdestärken wird dem Dampfer in beladenem Zustande eine Geschwindigkeit von 10½ Knoten geben. Mitte nächsten Monats wird „Helgenaes" soweit fertiggestellt sein, daß die Abnahme erfolgen kann.

Schwindler an der Arbeit. Wie uns mitgeteilt wird, benutzte hierorts ein Betrüger das schwere Unglück auf der Zeche „Radbod", um für sich Gewinn herauszuschlagen. Der Mann sammelte Gelder, die angeblich für die Hinterbliebenen der Verunglückten bestimmt sind, die in Wirklichkeit jedoch in die eigene Tasche fließen. Wir möchten hiermit vor diesem Schwindler warnen.

pb. **Diebstahl.** Aus dem Hintergarten eines Hauses an der Schwartauer Allee wurden am 17. ds. Mts. zwei zum Trocknen aufgehängte Tischtücher gestohlen. Die Tischtücher, die aus weißgeblümten Damast hergestellt sind, haben eine Länge von 1,75 bezw. 1,30 Mtr., und eine Breite von 1 bezw. 1,30 Mtr.

pb. **Ermittelt und festgenommen** wurde ein Arbeiter aus Kirlicken, der seitens der Königlichen Staatsanwaltschaft in Kiel wegen schweren Diebstahls steckbrieflich verfolgt wird.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Am Dienstag geht die Operette „Ein Walzertraum" zum 5. Male in Szene. Die Partie der Prinzessin wird diesmal von Frau von Schenck gesungen werden. Die übrigen Rollen bleiben in der alten Besetzung. — Am Mittwoch kommt bei kleinen Preisen außer Abonnement Friedrich von Schillers Schauspiel „Wilhelm Tell" zur Wiederholung.

Aus dem Fürstentum Lübeck. Gegen das persönliche Regiment und die geplanten neuen Steuern nahmen in den letzten Tagen vier gut besuchte Volksversammlungen Stellung. Referent in allen Versammlungen war Genosse Stelling-Lübeck, der das Thema in erschöpfender Weise behandelte. In einstimmig angenommenen Protestresolutionen kam der Wille der Versammelten zum Ausdruck. — In Lebatz fand die Versammlung Freitag abend im Lokale des Herrn Grimm statt. Hier waren auch eine Anzahl Frauen anwesend. Sonnabend wurde in Eutin im „Deutschen Hause" (B. Schröder) die Versammlung abgehalten. In derselben wurde gleichzeitig zur regen Propaganda für die bevorstehenden Gemeinderatswahlen aufgefordert. Eine Tellersammlung brachte einen guten Ertrag. — Sonntag nachmittag kamen in Gießelrade bei Herrn Söhrmann etwa 35 Personen zusammen, die den Ausführungen des Redners aufmerksam lauschten. Genosse Leu-Schwartau forderte hier die Genossen auf, bei der bevorstehenden Gemeinderatswahl auf dem Posten zu sein. — In Ahrensbök, wo die Versammlung Sonntag abend bei Herrn Strehse tagte, hatten sich auch eine Reihe Bürgerlicher eingefunden, die größtenteils unserer Protestresolution zustimmten, ohne in der Debatte das Wort zu nehmen. Sie waren also mit den Schlußfolgerungen des Referenten einverstanden.

* **Schwartau.** Gemeinderatswahl. Der Kampf um die Neubesetzung der Plätze der 6 ausscheidenden Gemeinderatsmitglieder spielte sich zunächst ganz im stillen ab. Die letzten Tage brachten einige Abwechslung. Während am Freitag der bürgerliche Ordnungsbrei sich mit dem unpolitisch sein wollenden Haus- und Grundbesitzer-Verein zusammenfand und seine Kandidaten aufstellte, nahm die Sozialdemokratie am Sonnabend in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung Stellung zu den Gemeinderatswahlen. Der Referent Genosse Dr. Schlomer-Lübeck führte in seinem Referate: „Forderungen an die Kommunalpolitik" den Anwesenden vor Augen, auf welche Art und Weise eine Gemeindevertretung für das Wohl der Allgemeinheit auf sozialem und hygienischem Gebiete sorgen kann und muß. Auf diesem Gebiete haben die bürgerlichen Vertreter ganz und gar versagt, indem sie den Interessen der Besitzenden mehr Rechnung trugen als den Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Der Gemeinderat müsse nicht allein darauf hinarbeiten, Schwartau zu einem Kurorte zu machen, sondern den notwendigen Bedürfnissen der ortseingesessenen Bevölkerung zunächst Rechnung tragen. Daß der Referent den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte, bewies der lebhafte Beifall am Schlusse der Rede. Daß die Sozialdemokratie nicht mit prahlenden Worten umgeht, wie es so schön im Flugblatt der Gegner zu lesen ist, bewies der Tätigkeitsbericht der Fraktion, den Genosse Voß gab. In sämtlichen Kommissionen sowohl wie in den Gemeinderatssitzungen waren unsere Genossen bestrebt, Verbesserungen einzuführen, ihre Vorschläge scheiterten meistenteils an dem Verhalten der liberalen Mehrheit des Gemeinderats. In der Diskussion meldete sich der Arbeiter Kelling, Peterstr., den die Bürgerlichen mit auf ihre Liste genommen hatten, ohne ihn zu fragen und erklärte, daß er nicht gewillt sei, sich von ihnen wählen zu lassen und dies den Bürgerlichen auch mitteilen wollte. Möge sich kein Arbeiter in Schwartau dazu hergeben, den liberalen Leuten Vorspanndienste zu leisten, sondern samt und sonders geschlossen den Vertretern der Sozialdemokratie ihre Stimmen geben. Aufgestellt wurden folgende Kandidaten: Ritzer, Springer, Muß, Bornhold, Lamprecht und C. Hinrichsen. Am Dienstag, den 24. November von 8 bis 7 Uhr findet die Wahl statt. Arbeiter tut eure Schuldigkeit.

Rückniz. Volksversammlung. Trotz des ungünstigen Wetters hatten sich in der hier gestern stattgefundenen Volksversammlung eine ansehnliche Anzahl Zuhörer eingefunden, die dem Vortrage des Genossen Th. Schwartz-Lübeck über „Das persönliche Regiment und die Reichsfinanzreform" mit sichtlichem Interesse folgten. In klarer, übersichtlicher Weise gab Redner einen Überblick über die gespannte Situation im Reiche, zerpflückte die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien bei der Interpellation über das „Persönliche Regiment" im Reichstage mit derbem Spott und wies zum Schluß überzeugend nach, daß einzig und allein die Redner der Sozialdemokratie ganze Arbeit gemacht hätten, indem sie gesetzliche Kautelen als Vorbeugungsmaßregeln forderten. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Mit einem Appell des Genossen Weyers zum allseitigen Protest gegen Ausbeutung und Unterdrückung erreichte die Versammlung ihr Ende.

Malente. Achtung Genossen! Morgen Dienstag abend 8 Uhr findet bei Herrn Lühr eine Versammlung statt, in der Genosse Parteisekretär C. Weyers aus Lübeck über das persönliche Regiment und die geplanten neuen Steuern sprechen wird. Genossen, sorgt für einen zahlreichen Besuch dieser hochwichtigen Versammlung.

Hamburg. Eine folgenschwere Kollision auf der Unterelbe, durch die nicht allein ein großer Materialschaden herbeigeführt worden ist, sondern bei der auch drei Menschen ihr Leben eingebüßt haben, ereignete sich Sonntag nacht. Der am Sonnabend abend um 11 Uhr 20 Minuten mit der Bestimmung nach Westhartlepool abgegangene englische Dampfer „Federation" rannte nachts um 2¼ Uhr bei sternklarem Himmel gegen den bei Stade querab von Grauerort liegenden Staatsdampfbagger Nr. XII und traf ihn so unglücklich an der Steuerbordseite, daß der erst vor drei Jahren mit einem Kostenaufwande von einer halben Million erbaute Bagger kenterte und mit seinem gewaltigen Aufbau in die Tiefe sank. Von der des Sonntags wegen auf die Hälfte reduzierten Besatzung, 8 Personen, haben leider drei, Kapitän Hoff, Maschinist Lüdemann und der Heizer Suhr den Tod durch Ertrinken gefunden. Diese Männer, die ein Opfer ihrer Pflicht geworden sind, sind buchstäblich in ihren Betten umgekommen. Wohl bemühten sich die Insassen des von der „Federation" ausgesetzten Bootes die in ihren Kojen laut um Hilfe rufenden Leute zu retten, es war aber nicht möglich, weil in dem Augenblick, als die Retter an den schwer leckgewordenen Bagger herankamen, dieser sich auf die Seite legte und dadurch die Kammern der Unglücklichen unter Wasser drückte. Ein Flüchten ist den Männern nicht möglich gewesen, weil der Engländer mit seinem Vordersteven zwischen die Kammer des Kapitäns und die des Maschinisten hineingelaufen ist und umfallende Möbelstücke die noch frei gebliebenen Öffnungen vollständig versperrt haben. Die Verunglückten sind sämtlich verheiratet. Den an der Backbordseite schlafenden Matrosen Köfer, Krefft, Wehr und Feldmann gelang es, nachdem der Wachtmann Holm sie durch lautes Rufen geweckt hatte, nur mit dem Notdürftigsten bekleidet, aus den Betten zu flüchten und ins Wasser zu springen, so daß sie und auch Holm von dem Boot der „Federation" aufgenommen werden konnten. „Federation" hat die Überlebenden der Katastrophe nach Hamburg gebracht. Dort wurden die Leute mit Kleidern ausgerüstet und mit dem Schlepper „Andreas" nach ihrem Wohnort Finkenwärder befördert. Der Dampfer „Federation" ist bei dem Zusammenstoß so stark mitgenommen worden, daß der Kapitän beschloß, nach Hamburg zurückzukehrrn und vorläufig in Jonas-Hafen anzubinden. Ihm ist der Vordersteven gebrochen, auch sind einige Platten über Wasser eingedrückt worden. Der Bagger Nr. XII liegt so, daß die Oberkante seines Aufbaues den Grund berührt, die Backbordseite seines Schwimmkörpers ragt aus dem Wasser heraus; die Aufrichtung dürfte bei der ungeheuren Schwere der Aufbauten und der eigenartigen Konstruktion große Schwierigkeiten bereiten; zumal da der Winter mit Stürmen und Eisgang vor der Tür ist. Der Staatstaucher soll unverzüglich in Arbeit treten, um nach den Leichen der Verunglückten zu forschen und um die genaue Lage und die Beschaffenheit des Baggers festzustellen.

Altona. Einen Akt kaum glaublicher Brutalität beging ein bei einem Kaufmann bediensteter Chauffeur, indem er an der Ecke der Hamburger und Eimsbütteler Straße mit seinem Auto in eine Menschenmenge hineinfuhr, die dort auf den Straßenbahnwagen wartete. Vier Personen wurden von dem Automobil überfahren. Der Chauffeur wäre von dem erregten Publikum gelyncht worden, wenn nicht die Polizei eingeschritten wäre und ihn zur Polizeistation gebracht hätte.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.

Sonntag, 22. November.

D. Westkusten, Kapt. Larsson, von Kopenhagen in 14 St.
D. Storfursten, Kapt. Favorin, von Hangö in 3 T.
D. Afrika, Kapt. Andersen, von Kotka in 3½ T.
D. Ostsee, Kapt. Eiggert, von Furillen in 43 St.
D. Porthan, Kapt. Gustafsson, von Hangö in 65 St.
George, Kapt. Ingersson, von Sundsvall in 7 T.
D. Trave, Kapt. Meislahn, von Reval in 3 T.
Katt, Kapt. Sundquist, von Gothenburg in 5 T.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.

Sonntag, den 22. November.

Christian, Kapt. Martensen, nach Grenaa.
Severine, Kapt. Hansen, nach Grenaa.
D. Wm. Lüdke, Kapt. Laasch, nach Stettin.
D. Newa, Kapt. Voß, nach Reval.
D. Stadt Lübeck, Kapt. Klingenberg, nach Danzig.
D. Zar, Kapt. Burmeister, nach Antwerpen.
D. Wasa, Kapt. Flinkenberg, nach Wasa.
D. Else, Kapt. Bethmann, nach Stettin.
Emilie, Kapt. Petersen, nach Aalborg.
D. Luba, Kapt. Wegner, nach Königsberg.
D. Stockholm, Kapt. Diekow, nach Königsberg.
D. Deutschland, Kapt. Ahrens, nach Riga.
D. Svea, Kapt. Sonesson, nach Hernösand.

Schiffsbewegung.

D. Anneliese ist Sonntag mittag via Saßnitz von Pillau auf hier abgegangen.

D. Luna ist Sonnabend abend von Rotterdam auf hier abgegangen.

D. Wiborg ist Sonntag nachmittag in Wiborg angekommen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete", und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Die Geburt eines kräftigen Mädels zeigen hocherfreut an

Ludwig Koth und Frau,
geb. Rogge.

Allgemeiner deutscher Gärtner-Verein.

Zweigverein Lübeck.

Am 21. November starb nach längerer Krankheit unser Mitglied, der Arbeiter

August Wegner.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. November, vom Vorwerker Friedhof aus statt. Zusammenkunft der Beerdigungsteilnehmer beim Lindenplatz 12¾ Uhr.

Der Vorstand.

Danksagung.

Für bewiesene Teilnahme und zahlreiche Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Verstorbenen

Heinrich Schlatow

sagen hiermit allen, die uns ihr Beileid bekundeten, besonders seinen Mitarbeitern, der Lüb. Maschinenbaugesellschaft, dem Verband der Metallarbeiter, sowie Herrn Pastor Becker für die trostreichen Worte am Grabe innigsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke anläßlich unserer Silberhochzeit sagen hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsern herzlichen Dank.

F. Törper und Frau.

Eleg. kupferfarb. Plüschgarnitur

Salonschrank, großer Spiegel mit Stufe, Salontisch, grüne Webtaschengarnitur, Vertikow, Bettstellen und diverse Sachen, **ganz besonders für Brautleute geeignet,** durch Zufall äußerst billig zu verkaufen

Breitestraße 41, 2. Etage.

Ein fast neuer Gehrock

ist preiswert zu verkaufen
Wickedestraße 31, II.

Eine Singer-Schneidermaschine zu verkaufen Wakenitzmauer 8.

Kaufe ausgekämmtes Haar.
Anfertigung von Puppenperücken und Zöpfen.
K. Kaehding. Friseur, Schulstraße 9.

Gefunden ein Damen-Portemonnaie mit Inhalt. Abzuholen Glockengießerstraße 77/8.

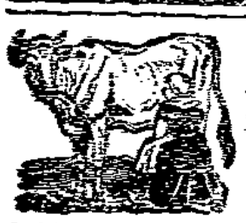
Adolf Hübner, Uhrmacher u. Goldarbeit., Fünfhaus. 13

Uhrglas einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhrmacher
Königstraße 62, b. d. Hüxstraße
Gebe rote Rabattmarken.

Billige u. gute Spirituosen, Weine
empfiehlt:

Kümmel	50	und 60	Pfg.	pr. Flasche
Rum	80	„ 100	„	„ „
Kognak	100	„ 120	„	„ „
Rotwein	80	„ 100	„	„ „

Hermann Carstens, Arnimstr. 38.



Vereinigte Butterhändler
v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meierei-Butter
kostet Pfd. **1.40** Mk.

Gesangverein der Zimmerer.

Außerordentliche
Mitgliederversammlung
am Dienstag, den 24. November,
abends 8½ Uhr,
bei Mohr, Handestraße.
Tages-Ordnung:
Besprechung eines Weihnachtsfestes.
Innere Vereinsangelegenheiten.
Der Vorstand.

Die Vorstandsmitglieder werden gebeten, schon um 8 Uhr präzise zu einer Sitzung zu erscheinen.

Sensationell!
Panorama
Breitestraße 53. I., im Flügel.
Die Skulpturen
im Louvre und Luxemburg-Museum in Paris.
Nur für Erwachsene!

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit"

Zusammengestellt von

Theodor Schwartz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische" („Alt")-Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische" Lübeck. — Das „kaiserliche" Lübeck. — Das „reichsfreie" Lübeck. — Das „hansische" Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der grosse nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der grosse Bürger-Rezess von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen und Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Für den modernen Arbeiter bietet das Studium der lübschen Geschichte eine Fülle interessantes, in der gewerkschaftlichen Agitation mit Erfolg zu verwendendes Material. Sowohl die Entwickelung des Handwerks im allgemeinen, als auch die staatsbürgerliche Stellung der Handwerker in Lübeck selbst, sowie ihr Ausschluss von der Staatsgewalt bis auf den heutigen Tag und die hieraus entstandenen bürgerlichen Unruhen, der Verfall der früher so mächtigen und im Mittelalter auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens so einflussreichen Zünfte, die weitverzweigten Gesellenverbände usw. bieten zur Genüge Stoff zur Unterhaltung und Belehrung für jeden einzelnen dar.

„Wie lange noch und Lübeck ist Großstadt geworden. Mit dem dann sich entwickelnden großstädtischen Leben, Hasten und Treiben wird die Kenntnis der vaterstädtischen Geschichte bald dem Gedächtniss der Zeitgenossen entschwunden sein. Die kommende Generation wird wenig oder gar nichts mehr von der wirklich großartigen Entwickelung unseres städtischen Gemeinwesens wissen, und doch ist die Kenntnis der lübischen Geschichte gerade für diese am allernotwendigsten" schrieb der Verfasser im Vorwort zu seinem Werke

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit".

Diesem Gedanken Rechnung tragend, erklärt sich der Verlag bereit, den Ladenpreis für das in Leinwand gebundene Exemplar von Mk. 5.00 auf **Mk. 3.00** oder broschiert v. Mk. 4.00 auf **Mk. 2.00** herabzusetzen. Bestellungen werden jederzeit von unseren Kolporteuren, Zeitungsausträgern und in der Expedition des „Lübecker Volksbote", Johannisstrasse 46, entgegengenommen und prompt ausgeführt.

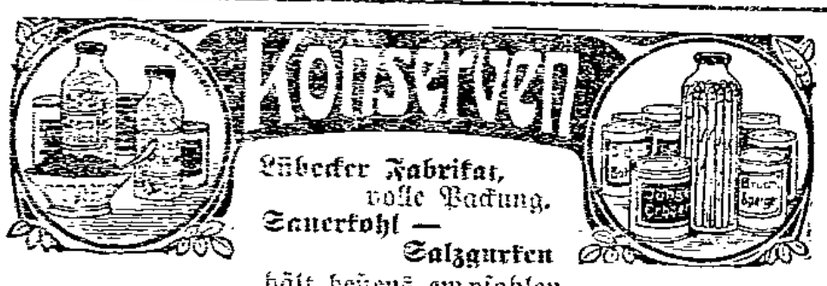
Friedr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46. Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote". Johannisstr. 46.

Vielfach ärztlich empfohlen!
Porter, Doppel-Malzbier, Braun-, Malz- od. Ammenbier
à Fl. 30 Pfg. Fl. 10 Pfg. Fl. 10 Pfg.
12 Fl. 3 Mk. von hervorragend schöner Qualität, Reinheit garantiert.
Keinerlei Verwendung irgendwelcher Malzsurrogate!
Flemmings Malzextrakt
hell, lieblich schmeckend, **schnellste Wirkung** bei Husten und Heiserkeit, à Glas 75 Pfg.
Bezug der Biere durch einschlägige Geschäfte, des Malzextrakts durch alle Apotheken und Drogenhandlungen und die
Brauerei Paul Flemming, Engelsgrube 62.

Sargmagazin. Einkleidung aller Art. Billige Preise.
H. Horenburg, Paulstr. 16. Uebernahme ganzer Beerdigungen.

Sie erhalten Rabatt-Marken



Lübecker Fabrikat, volle Packung.
Sauerkohl — Salzgurken
hält bestens empfohlen
Obertrave 8. **Ludw. Hartwig.**

Praktische Arbeit

leisten die Nahrungsmittel-Fabrikanten, indem sie den Konsumenten billige Nahrungs- u. Genußmittel liefern. An der Spitze stehen die Margarinemarken

„Siegerin"

von feinster **Naturbutter** nicht zu unterscheiden und

„Mohra"

der beste Ersatz für Naturbutter! — Überall erhältlich.

Alleinige Fabrikanten:

A. L. Mohr, Act.-Ges., Altona-Bahrenfeld.

Jegliche Hausstandswäsche
sowie feine Wäsche wird sauber gewaschen und geplättet. Zu erfr. Lg. Lohberg 34.

Käse direkt vom **Lager**
Pfund 20 und 30 Pfg.
Bruchkäse Pfd. 10 Pfg.
Schlumacherstr. 12, auf der Diele.

Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Lübeck).

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, 24. Nov.,
abends 8¼ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „15 Monate im Kampf". (Fortsetzung I.)
2. Weihnachtsvergnügen.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Gesang-Verein „Einigkeit"
(St. Gertrud).

Versammlung
am Mittwoch, 25. Novmbr.
abends 8½ Uhr
beim Gastwirt Herrn **J. Groth,**
Kottwitzstraße 16.
Tages-Ordnung:
Besprechung über Abhaltung eines Maskenballes.
Jedes Mitglied muß erscheinen.
Der Vorstand.

Hansa-Theater

Theater Variete 1. Ranges.
Gastspiel von
Grete Gallus
und das große Programm.
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Neues Stadt-Theater Kassen-Telephon Nr. 298.

Dienstag 7½ Uhr. Große Preise!
Voll-Abonnem. 52. Dienstag-Abonn. 8.
Ein Walzertraum. Operette von Straus.
Mittwoch 7½ Uhr. **Kleine Preise!**
Wilhelm Tell. Von Schiller.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 274. Montag, den 23. November 1908. 15. Jahrg.

Das Radbod-Unglück vor dem preußischen Landtage.

Das preußische Dreiklassenparlament ist Freitag wieder zu einer Plenarsitzung zusammengetreten, um eine ganze Reihe von Vorlagen zu beraten, die ihm während seiner langen Sitzungspause zugegangen sind. Daß dabei die Interpellation über das große Grubenunglück auf Zeche Radbod an erster Stelle auf die Tagesordnung gesetzt worden ist, war nach der Geschäftsordnung einfach geboten. Der Junkerpräsident Jordan von Kröcher suchte sich allerdings daraus ein besonderes Verdienst zurecht zu bauen. Die Interpellation selbst war vom Zentrum eingebracht. Sein Redner begnügte sich jedoch damit, an den Minister eine Reihe unverfänglicher Fragen zu stellen und die Forderung nach einem Reichsberggesetz und Arbeiterkontrolleuren allgemein aufzustellen, ohne tiefer in die Ursachen der vielen Unglücksfälle im Bergbau und ihrer Häufung in der letzten Zeit einzugehen.

Eine solche Rede hatte der preußische Handelsminister Delbrück gerade gebraucht, um sich und seine Verwaltung weißzuwaschen. Er versicherte, daß sie aufs äußerste bestrebt sei, die wahren Ursachen des Unglücks zu erforschen, daß es ihr aber bis jetzt noch nicht gelungen sei, irgendwelche Fehler der Grubenverwaltung oder der bergpolizeilichen Aufsichtsbehörde — die über sich selbst die Untersuchung führt! — zu entdecken. Daher gestattet sich denn der Herr Minister auch trotz des entsetzlichen Unglücksfalles, der doch wirklich allen nicht ganz kapitalistisch gestimmten Menschen die Notwendigkeit eines weitgehenden Bergarbeiterschutzes eindringlich genug predigt, alle Wünsche der Bergarbeiter rundweg abzulehnen. Das Reichsberggesetz weigert er, weil er sich selbst sehr sozial gesinnt findet, von den Arbeiterkontrolleuren befürchtet er eine Störung des sozialen Friedens. Wahrscheinlich glaubt der Minister, daß die Hunderte von Bergmannsleichen sehr geeignet sind, die Arbeiter mit den Herrlichkeiten des preußischen Staates zu versöhnen. Sein Hymnus auf den sozialen Frieden wirkte in diesem Moment geradezu lächerlich. Weiß doch jeder, wie die Regierung unter der Fuchtel der Bergherren steht, die ihr die letzte Berggesetznovelle als „gerupften Vogel" zurückgeschickt haben.

Die Rede des Ministers hätte ausgezeichnet gepaßt, wenn das Dreiklassenparlament noch die alte sozialistenreine Hochburg des Industrie- und Strauchrittertums wäre. So aber hatte der Redner unserer Fraktion, Genosse Leinert, Gelegenheit, mit der an all den Unglücksfällen mitschuldigen preußischen Bergwerksverwaltung gründlich abzurechnen. Daß die Wahrheit über die Ursachen der Unglücksfälle so oft nicht an den Tag kommt, erklärte Genosse Leinert sehr einfach aus dem schmachvollen Unterdrückungssystem, das die Bergarbeiter daran gewöhnt hat, nur das den Vorgesetzten Angenehme zu sagen. Am schlimmsten steht es in dieser Beziehung bekanntlich in den königlichen Gruben an der Saar. Dann verlas Genosse Leinert die Aussagen von Bergleuten der Zeche Radbod, die er selbst in diesen Tagen an der Unglücksstelle gesammelt hat, und die allerdings ganz anders klingen, als die Beschwichtigungsversuche des Ministers. Nach diesen Aussagen unterliegt es keinem Zweifel, daß die Wetterführung und die Berieselungsanlage unzulänglich waren, und daß die Verwaltung schon längst durch kleinere Explosionen und mahnende Stimmen gewarnt worden war. Aber ihr wie allen anderen Bergwerksunternehmungen scheint die Sorge um das Kapital höher gestanden zu haben, als die um die Bergleute. So klebt nun wieder einmal Blut an den Riesendividenden der Bergwerksbetriebe, deren Aktien fast durchweg in den Händen der allerreichsten und allervornehmsten Herren sind. Das Furchtbarste aber, was die Welt aus der Rede des Genossen Leinert erfuhr, war die Möglichkeit, daß manche der Bergarbeiter, die verunglückt waren, lebend eingemauert worden sind, um die Grube zu retten. Wir haben diesem entsetzlichen Gedanken sofort Ausdruck gegeben, als gemeldet wurde, mit welcher Eile die Grube zugemauert werden solle. Man weiß, wie voreilig bei dem Riesenunglück in Courrieres — damals, als die preußische Bergwerksverwaltung sich rühmte, ein solches Massenunglück sei in Deutschland unmöglich — die Verwaltung erklärte, daß kein lebendes Wesen mehr in der Grube sein könne und daß es nun Zeit sei, die Grube zuzumauern, um den Brand zu ersticken. Damals kamen noch nach mehreren Tagen einige Bergleute gerettet ans Tageslicht. Auf Zeche Radbod aber hat man den Entschluß durchgeführt, wenige Stunden nach der Explosion die Einstellung der Rettungsarbeiten angeordnet, die Ventilation eingestellt und den Schacht vermauert. Selbst der preußische Handelsminister konnte nicht umhin, der Verwaltung den leisen Tadel auszusprechen, daß sie wohl besser gewartet hätte, bis sein Kommissar oder er selbst in Radbod eingetroffen wäre, statt daß sie, die materiell interessierte, die Einstellung der Rettungsarbeiten verfügte. Genosse Leinert aber sprach es unumwunden aus, daß die Bergarbeiter mit der fürchterlichen Möglichkeit rechnen, daß einige ihrer Kameraden lebendig begraben worden sind.

Die weitere Debatte sank auf ein tiefes Niveau. Der Landrat von Hamm, Schulze-Pelkum mit Namen und konservativer Landtagsabgeordneter, fühlte sich bewogen, unseren Genossen Leinert wegen seiner unerschrockenen Wahrheitsliebe in der unerhörtesten Weise als Hetzer hinzustellen, und der nationalliberale Abg. Dr. Friedberg, — die Nationalliberalen werden ja vom Grubenkapital ausgehalten — assistierte ihm, dabei zeigend, daß er von den Grundprinzipien der Sozialdemokratie reinweg nichts versteht. Mit dem Schicksal der Bergarbeiter beschäftigen sich die Herren sehr wenig, hatte doch Herrn Friedberg die Rede des Genossen Leinert schon ohnedies zu lange gedauert. Der blockfreisinnige Flottenprofessor Eickhoff forderte zwar mit dem Munde Reichsberggesetz und Arbeiterkontrolleure, stärkte aber heimlich den Widerstand der preußischen Bureaukratie gegen diese Grundforderungen der Bergarbeiterschaft, indem er mit lächerlicher Übertreibung die letzte Berggesetznovelle als großen Fortschritt feierte.

Am Sonnabend erklärte im Abgeordnetenhause der Minister Delbrück bei der Fortsetzung der Besprechung der Interpellation über das Grubenunglück auf Radbod, falls Leinert ihm die Namen seiner Gewährsmänner nenne, würde er dafür sorgen, daß alle diese Arbeiter — gleichviel, welche Aussagen sie machen — bei den staatlichen Gruben Beschäftigung fänden. Eine Gewähr dafür, daß sie von den Privatbesitzern nicht gemaßregelt werden würden, könne er nicht übernehmen. Infolge dieser Erklärung bemerkte Leinert, er werde die Namen nennen, hoffe aber, daß der Minister sein Versprechen loyal auslegen und auch dafür sorgen werde, daß die Arbeiter wegen ihrer Aussagen nicht etwa geschuhriegelt oder sonstigen Unannehmlichkeiten ausgesetzt werden.

Es besteht demnach die Hoffnung, daß über die Ursache dieses Unfalls größere Klarheit geschaffen wird, als es bei früheren Katastrophen der Fall war.

Kapitalismus und Korruption.

Von Zeit zu Zeit füllen sich die Zeitungen mit skandalösen Mitteilungen über niederträchtige und schimpfliche Dirnendienste die die bürgerliche Presse dem Kapitalismus erwies. Kürzlich berichtete die „Frankf. Ztg." unter dem Titel: „Ein Preßskandal" folgende italienische Korruptionsaffäre:

Im August hatte die Brüsseler Zeitung „Patriote" Enthüllungen über die Korruptionsarbeit des Preßbureaus des Kongostaates gebracht und sehr deutlich auf deutsche und italienische Zeitungen hingewiesen, die sich hätten kaufen lassen um die geradezu skandalösen Zustände am Kongo zu beschönigen. In Rom wurden als gekauft zwei antiklerikale Blätter bezeichnet und ihre Besitzer als ein Senator und ein Abgeordneter angegeben. Gegenwärtig existiert aber nur ein antiklerikales Blatt in Rom, das dem Senator Roux, einem Piemontesen gehört. Der Verdacht fiel also auf ihn, was um so peinlicheres Aufsehen erregte, als Roux bei der Übernahme der Zeitung erklärt hatte, er gedenke die Korruption in der Presse zu bekämpfen. Mitglieder des Pressevereins brachten eine Interpellation an ihren Präsidenten, den Abgeordneten Barzilai, ein, und so fand am 2. September eine Versammlung statt, in der ein Redakteur des sozialistischen „Avanti" noch weitere Beschuldigungen gegen Senator Roux einbrachte, die die Kruppschen Kanonen, die brasilianische Regierung, die Dampfkesselfirma Belleville, die Telephongesellschaft und die Navigazione Italiana betrafen. Da diese Beschuldigungen sehr bestimmt klangen, beschloß der Verein, eine Enquete anzustellen, mit der er den Besitzer des demokratischen „Messaggero", den Abgeordneten Bissolati, den jetzigen Chefredakteur des „Avanti", und den römischen Chefkorrespondenten des „Corriere della Sera" beauftragte. Am 5. November verlas diese Kommission ihren Bericht, der einen tiefgehenden Eindruck auf die Journalistenversammlung machte. Er beginnt mit der Feststellung, daß der Senator Roux, der im Interesse des Standes und seiner eigenen Person eingeladen worden war, Erklärungen abzugeben sich geweigert habe, den Preßverein als Richter anzuerkennen, und seine Demission als Vereinsmitglied einreichte . . . Was den ersten Anklagepunkt anbetrifft, so läßt der Umstand, daß der „Patriote" alles Material einschickte und darauf hinwies, daß der Kongostaat selbst das Geschäft gar nicht leugne, Herrn Roux als stark belastet erscheinen, zumal ein Telegramm aus Brüssel an das „Giornale d'Italia", das dieses aus Schonung abschwächte, von einem Senator in Rom sprach, der einen nicht italienischen Namen habe. Das trifft auf den französischen Namen Roux zu. Das Urteil zählt nun alle Artikel auf, die die „Tribuna" 1904 und 1905 zur Verherrlichung des Kongostaates brachte, um ihn als ein Ziel für die italienische Auswanderung und als ein Eldorado für italienische Offiziere hinzustellen. Diese Lobesartikel sind um so auffallender, als die „Tribuna" niemals die Gegner zu Worte kommen ließ und einmal ein von

Die weiße Nelke.

Kriminal-Roman von J. Kaulbach.

(22. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

„Ach, so schnell geht es nicht mit dem Heiraten," erwiderte sie, sich mühsam zu einem harmlosen Tone zwingend.

„Was!" rief Seydel verwundert aus. „Ich dachte immer, daß so eine junge Liebe der Zeit am liebsten Flügel geben möchte, damit der Hochzeitstag so schnell wie möglich heranrückte!"

Thea senkte das Köpfchen, damit der alte Herr ihr nicht in die feuchtglänzenden Augen sehen konnte.

Glaubitz ergriff an ihrer Stelle das Wort; er sprach mit einer Schärfe, die er kaum verbarg. „Meine Braut ziert sich ein wenig, Herr Staatsanwalt, und tut, als möchte sie die Hochzeit gern in die Ferne gerückt sehen. Aber mit der Zeit wird sie sich's wohl schon anders überlegen. Sie wissen ja: Donna è mobile!"

Der Staatsanwalt suchte die Sache scherzhaft zu nehmen und lachte, doch war es mehr ein Lachen der Höflichkeit, als des Vergnügens. „Dies Wort stammt aus Italien, Herr Rechtsanwalt," begann er seine Entgegnung, um plötzlich mit einem Laute des Schreckens sich zu unterbrechen und auszurufen: „Um Gottes willen, Elisabeth, was ist dir?"

Seine Frage war berechtigt genug. Elisabeth war totenbleich geworden; sie hatte sich, wie mit einer Ohnmacht kämpfend, in ihren Stuhl zurückgelehnt, und ihre Augen schauten starr mit seltsamem Ausdruck in die Ferne. Die Anrede des Vaters gab ihr schnell die Fassung zurück, und sie versicherte, daß nur eine kleine Schwäche sie angewandelt habe, die ihr sonst fremd und auch jetzt schon vorüber sei; doch veranlaßte trotzdem der Anfall den Aufbruch des Brautpaares. Elisabeth küßte die kleine Freundin zum Abschied mit auffallender Innigkeit.

Als Vater und Tochter allein waren, wiederholte der Staatsanwalt seine Frage, was ihr gewesen sei; doch antwortete sie auch jetzt ausweichend, ablehnend. In ihren Augen war noch immer der merkwürdig starre Blick, und so ging sie ein paarmal im Zimmer auf und nieder; dann blieb sie plötzlich vor ihrem Vater stehen.

„Ist dieser Glaubitz ein guter Rechtsanwalt?" fragte sie so schroff und unvermittelt, daß ihr Vater sie erstaunt betrachtete.

„Warum fragst du das, Kind?"

„Ist er ein guter Rechtsanwalt?"

„Er steht in dem Rufe, obwohl er noch nicht lange hier ist. Aber warum — —"

„Du weißt," fiel Elisabeth ihm ins Wort, „ich habe bereits einen Detektiv engagiert, um Richards Unschuld ans Licht zu bringen. Aber das genügt mir nicht. Ich muß auch einen Rechtsanwalt haben. Dafür habe ich mir Glaubitz ausersehen; ich hoffe, daß es mir mit seiner Hilfe gelingen wird, den wahrhaft Schuldigen zu entdecken."

Ohne ein Wort weiter hinzuzufügen, verließ sie mit energischen Schritten das Zimmer; verwundert über den Ton, in dem sie zu ihm gesprochen hatte, blickte der Staatsanwalt ihr kopfschüttelnd und seufzend nach.

Dreizehntes Kapitel.

August Fluth befand sich noch immer in Leipzig. Nachdem er sich überzeugt hatte, daß seine Anwesenheit in Berlin augenblicklich nicht so dringend nötig war, und daß er sich auf seinen dortigen Stellvertreter verlassen konnte, gab er sich mit einem Eifer der Sache Elisabeth Seydels hin, der in der Tat einen Erfolg verdient hätte.

Es wollte ihm nicht aus dem Sinne, daß das alte Kaufhaus Bruns ihm noch manches Geheimnis enthüllen konnte. Wer wußte, was diese zahllosen Räume, diese versteckten Gänge und Verließe, diese kleinen, winkligen Wohnungen des Hintergebäudes alles vernommen und geschaut hatten? Seltsam erschien es ihm auch immer wieder, daß der Mord an dem Kaufmann Bruns niemals aufgeklärt worden war.

Er hatte sich inzwischen längst seinem neugewonnenen Freunde, Herrn Balthasar Bäuerle, zu erkennen gegeben, aber dem Erstaunten den Grund seiner Nachforschungen nur ganz allgemein erklärt, ohne Elisabeths Angelegenheit im geringsten zu verraten. Beim nächsten gemütlichen Zusammensein fragte er ihn, ob er sich des Richters vielleicht noch entsinnen könne, der das Verbrechen an dem alten Bruns zu untersuchen gehabt habe.

Herr Bäuerle, der den jungen Mann, seitdem er dessen wahren Beruf kannte, mit einer Art von ehrfurchtsvollem Interesse betrachtete, mußte zu seinem Bedauern die Frage verneinen. Aber seine Begierde, selbst etwas Näheres über die damaligen Vorfälle zu erfahren, trieb ihn dazu, für Fluth Erkundigungen einzuziehen. Eines Tages kam er freudestrahlend dem jungen Detektiv schon auf dem Flur entgegen: „Herr Fluth, ich hab's erfahren," rief er vergnügt: „der Untersuchungsrichter Elburg war's! Damals noch ziemlich neu im Amt, — heute schon 'n großes Tier, — wohnt zufällig hier in Leipzig, — auch jetzt. Warten Se, warten Se!" Er zog ein Blatt Papier aus dem Portefeuille und reichte es August Fluth.

„Landgerichtsdirektor Elburg, Floßplatz 32", las er.

„Ich danke Ihnen herzlich, Herr Bäuerle. Sobald wie möglich werde ich den Herrn aufsuchen."

„Aber heute mittag, — halb drei, Herr Fluth, — vergessen Se's nich, — ich erwarte Se zum gemütlichen Schmause!"

„Ich werde kommen, haben Sie keine Sorge," versprach Fluth, indem er sich zugleich verabschiedete. Er war so völlig von seiner Sache eingenommen, daß er dem alten Herrn nur geteilte Aufmerksamkeit schenkte und froh war, als er endlich durch die von einem leichten Nebel verschleierten Straßen seinem Ziele zuschritt. —

Glücklicherweise war der Landgerichtsdirektor zu sprechen. Nachdem Fluth eine kleine Viertelstunde in dessen Bureau gewartet hatte, vernahm er draußen feste, kurze Schritte, die sich der Tür näherten; dann öffnete sich diese, und der Beamte erschien. Beamter schien er zu sein vom glattgekämmten, etwas gelichteten Scheitel bis zur knarrenden Sohle der feinen Stiefel. Er war ein Mann in den besten Jahren, ein ganzer Mann, der seiner Stellung Ehre machte, der genau wußte, wie wichtig das Amt war, in dem er sich Ruhm gewann.

Mit einer gemessenen Verbeugung begrüßte er Fluth, der ihm durch den Diener seine Karte übersandt hatte. Seine kleinen, vom vielen Schreiben und Studieren etwas getrübten Augen sahen durch die blitzenden Gläser des Klemmers den Detektiv prüfend, ja forschend an. Fluth hatte die Empfindung, als ob die ganze Erscheinung des Herrn Landgerichtsdirektors die Verkörperung tadelloser Korrektheit sei; wie die blendend weiße Wäsche, der glänzend schwarze Rock von keinem Fältchen gestört, von keinem Stäubchen getrübt waren, so schien auch das Wesen dieses Mannes von einer Mustergültigkeit zu sein, die ihresgleichen suchte.

„Bitte!" sagte er herablassend, indem er mit einer Handbewegung August Fluth zum Sitzen einlud und gleichzeitig selbst diesem gegenüber Platz nahm. August Fluth war viel zu klug, um nicht sofort herauszufühlen, daß der hohe Beamte ihm imponieren wollte; um so weniger ließ er sich das merken. Er wurde durchaus nicht schüchtern oder unbe-

Die Geburt eines kräftigen Mädels zeigen hocherfreut an

Ludwig Koth und Frau,
geb. Rogge.

Allgemeiner deutscher Gärtner-Verein.

Zweigverein Lübeck.

Am 21. November starb nach längerer Krankheit unser Mitglied, der Arbeiter

August Wegner.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. November, vom Vorwerker Friedhof aus statt. Zusammenkunft der Beerdigungsteilnehmer beim Lindenplatz 12¾ Uhr.

Der Vorstand.

Danksagung.

Für bewiesene Teilnahme und zahlreiche Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Verstorbenen

Heinrich Schlatow

sagen hiermit allen, die uns ihr Beileid bekundeten, besonders seinen Mitarbeitern, der Lüb. Maschinenbaugesellschaft, dem Verband der Metallarbeiter, sowie Herrn Pastor Becker für die trostreichen Worte am Grabe innigsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke anläßlich unserer Silberhochzeit sagen hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsern herzlichen Dank.

F. Törper und Frau.

Eleg. kupferfarb. Plüschgarnitur

Salonschrank, großer Spiegel mit Stufe, Salontisch, grüne Webtaschengarnitur, Vertikow, Bettstellen und diverse Sachen, **ganz besonders für Brautleute geeignet,** durch Zufall äußerst billig zu verkaufen

Breitestraße 41, 2. Etage.

Ein fast neuer Gehrock

ist preiswert zu verkaufen

Wickedestraße 31, II.

Eine Singer-Schneidermaschine zu verkaufen Wakenitzmauer 8.

Kaufe ausgekämmtes Haar.
Anfertigung von Puppenperücken und Zöpfen.
K. Kaehding. Friseur, Schulstraße 9.

Gefunden ein Damen-Portemonnaie mit Inhalt. Abzuholen Glockengießerstraße 77/8.

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Goldarbeit., Fünfhaus. 13

Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhrmacher
Königstraße 62, b. d. Hirtstraße
Gebe rote Rabattmarken.

Billige u. gute Spirituosen, Weine

empfiehlt:

Kümmel	50	und 60	Pfg.	pr. Flasche
Rum	80	„ 100	„	„ „
Kognak	100	„ 120	„	„ „
Rotwein	80	„ 100	„	„ „

Hermann Carstens, Arnimstr. 38.

Vereinigte Butterhändler
v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meierei-Butter

kostet Pfd. **1.40** Mk.

Gesangverein der Zimmerer.

Außerordentliche Mitgliederversammlung am Dienstag, den 24. November,
abends 8½ Uhr,
bei Wohr, Hundestraße.

Tages-Ordnung:
Besprechung eines Weihnachtsfestes.
Innere Vereinsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Die Vorstandsmitglieder werden gebeten, schon um 8 Uhr präzise zu einer Sitzung zu erscheinen.

Sensationell!

Panorama

Breitestraße 53, L., im Flügel.

Die Skulpturen

im Louvre und Luxemburg-Museum in Paris.

Nur für Erwachsene!

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit"

Zusammengestellt von

Theodor Schwartz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische" („Alt")-Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische" Lübeck. — Das „kaiserliche" Lübeck. — Das „reichsfreie" Lübeck. — Das „hansische" Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der grosse nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der grosse Bürger-Rezess von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen und Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Für den modernen Arbeiter bietet das Studium der lübschen Geschichte eine Fülle interessantes, in der gewerkschaftlichen Agitation mit Erfolg zu verwendendes Material. Sowohl die Entwickelung des Handwerks im allgemeinen, als auch die staatsbürgerliche Stellung der Handwerker in Lübeck selbst, sowie ihr Ausschluss von der Staatsgewalt bis auf den heutigen Tag und die hieraus entstandenen bürgerlichen Unruhen, der Verfall der früher so mächtigen und im Mittelalter auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens so einflussreichen Zünfte, die weitverzweigten Gesellenverbände usw. bieten zur Genüge Stoff zur Unterhaltung und Belehrung für jeden einzelnen dar.

„Wie lange noch und Lübeck ist Großstadt geworden. Mit dem dann sich entwickelnden großstädtischen Leben, Hasten und Treiben wird die Kenntnis der vaterstädtischen Geschichte bald dem Gedächtniss der Zeitgenossen entschwunden sein. Die kommende Generation wird wenig oder gar nichts mehr von der wirklich großartigen Entwickelung unseres städtischen Gemeinwesens wissen, und doch ist die Kenntnis der lübischen Geschichte gerade für diese am allernotwendigsten" schrieb der Verfasser im Vorwort zu seinem Werke

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit".

Diesem Gedanken Rechnung tragend, erklärt sich der Verlag bereit, den Ladenpreis für das in Leinwand gebundene Exemplar von Mk. 5.00 auf **Mk. 3.00** oder broschiert v. Mk. 4.00 auf **Mk. 2.00** herabzusetzen. Bestellungen werden jederzeit von unseren Kolporteuren, Zeitungsausträgern und in der Expedition des „Lübecker Volksbote", Johannisstrasse 46, entgegengenommen und prompt ausgeführt.

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46. Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote". Johannisstr. 46.

Vielfach ärztlich empfohlen!

Porter, Doppel-Malzbier, Braun-, Malz- od. Ammenbier

à Fl. 30 Pfg. Fl. 10 Pfg. Fl. 10 Pfg.
12 Fl. 3 Mk. von hervorragend schöner Qualität, Reinheit garantiert.

Keinerlei Verwendung irgendwelcher Malzsurrogate!

Flemmings Malzextrakt

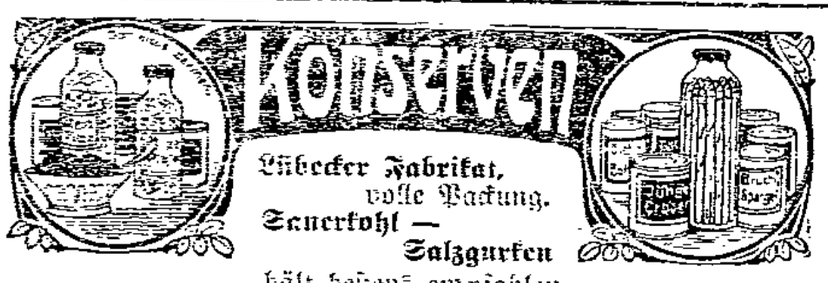
hell, lieblich schmeckend, **schnellste Wirkung** bei Husten und Heiserkeit, à Glas 75 Pfg.

Bezug der Biere durch einschlägige Geschäfte, des Malzextrakts durch alle Apotheken und Drogenhandlungen und die

Brauerei Paul Flemming, Engelsgrube 62.

Sargmagazin. Einkleidung aller Art. Billige Preise.
H. Horenburg, Paulstr. 16. Uebernahme ganzer Beerdigungen.

Sie erhalten Lübeca-Rabattmarken



Lübecker Fabrikat, volle Packung.
Sauerkohl — Salzgurken
hält bestens empfohlen

Obertrave 8. **Ludw. Hartwig.**

Praktische Arbeit

leisten die Nahrungsmittel-Fabrikanten, indem sie den Konsumenten billige Nahrungs- u. Genußmittel liefern. An der Spitze stehen die Margarinemarken

„Siegerin"

von feinster **Naturbutter** nicht zu unterscheiden und

„Mohra"

der beste Ersatz für Naturbutter! — Überall erhältlich.

Alleinige Fabrikanten:

A. L. Mohr, Act.-Ges., Altona-Bahrenfeld.

Jegliche Hausstandswäsche
sowie feine Wäsche wird sauber gewaschen und geplättet. Zu erfr. Lg. Lohberg 34.

Käse direkt vom **Lager**
Pfund **20** und **30** Pfg.
Bruchkäse Pfd. 10 Pfg.
Schlumacherstr. 12, auf der Diele.

Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Lübeck).

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, 24. Nov.,
abends 8¼ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „15 Monate im Kampf". (Fortsetzung I.)
2. Weihnachtsvergnügen.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Gesang-Verein „Einigkeit"
(St. Gertrud).

Versammlung

am Mittwoch, 25. Novmbr.
abends 8½ Uhr
beim Gastwirt Herrn **J. Groth,**
Kottwitzstraße 16.

Tages-Ordnung:
Besprechung über Abhaltung eines Maskenballes.
Jedes Mitglied muß erscheinen.

Der Vorstand.

Hansa-Theater

Theater Variete 1. Ranges.
Gastspiel von
Grete Gallus
und das große Programm.
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Neues **Stadt-Theater** Kassen-Telephon Nr. 298.

Dienstag 7½ Uhr. Voll-Abonnem. 52. **Ein Walzertraum.**
Mittwoch 7½ Uhr. **Wilhelm Tell.**

Große Preise! Dienstag-Abonn. 8. Operette von Straus.
Kleine Preise! Von Schiller.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 274. Montag, den 23. November 1908. 15. Jahrg.

Das Radbod-Unglück vor dem preußischen Landtage.

Das preußische Dreiklassenparlament ist Freitag wieder zu einer Plenarsitzung zusammengetreten, um eine ganze Reihe von Vorlagen zu beraten, die ihm während seiner langen Sitzungspause zugegangen sind. Daß dabei die Interpellation über das große Grubenunglück auf Zeche Radbod an erster Stelle auf die Tagesordnung gesetzt worden ist, war nach der Geschäftsordnung einfach geboten. Der Junkerpräsident Jordan von Kröcher suchte sich allerdings daraus ein besonderes Verdienst zurecht zu bauen. Die Interpellation selbst war vom Zentrum eingebracht. Sein Redner begnügte sich jedoch damit, an den Minister eine Reihe unverfänglicher Fragen zu stellen und die Forderung nach einem Reichsberggesetz und Arbeiterkontrolleuren allgemein aufzustellen, ohne tiefer in die Ursachen der vielen Unglücksfälle im Bergbau und ihrer Häufung in der letzten Zeit einzugehen.

Eine solche Rede hatte der preußische Handelsminister Delbrück gerade gebraucht, um sich und seine Verwaltung weißzuwaschen. Er versicherte, daß sie aufs äußerste bestrebt sei, die wahren Ursachen des Unglücks zu erforschen, daß es ihr aber bis jetzt noch nicht gelungen sei, irgendwelche Fehler der Grubenverwaltung oder der bergpolizeilichen Aufsichtsbehörde — die über sich selbst die Untersuchung führt! — zu entdecken. Daher gestattet sich denn der Herr Minister auch trotz des entsetzlichen Unglücksfalles, der doch wirklich allen nicht ganz kapitalistisch gestimmten Menschen die Notwendigkeit eines weitgehenden Bergarbeiterschutzes eindringlich genug predigt, alle Wünsche der Bergarbeiter rundweg abzulehnen. Das Reichsberggesetz weigert er, weil er sich selbst sehr sozial gesinnt findet, von den Arbeiterkontrolleuren befürchtet er eine Störung des sozialen Friedens. Wahrscheinlich glaubt der Minister, daß die Hunderte von Bergmannsleichen sehr geeignet sind, die Arbeiter mit den Herrlichkeiten des preußischen Staates zu versöhnen. Sein Hymnus auf den sozialen Frieden wirkte in diesem Moment geradezu lächerlich. Weiß doch jeder, wie die Regierung unter der Fuchtel der Bergherren steht, die ihr die letzte Berggesetznovelle als „gerupften Vogel" zurückgeschickt haben.

Die Rede des Ministers hätte ausgezeichnet gepaßt, wenn das Dreiklassenparlament noch die alte sozialistenreine Hochburg des Industrie- und Strauchrittertums wäre. So aber hatte der Redner unserer Fraktion, Genosse Leinert, Gelegenheit, mit der an all den Unglücksfällen mitschuldigen preußischen Bergwerksverwaltung gründlich abzurechnen. Daß die Wahrheit über die Ursachen der Unglücksfälle so oft nicht an den Tag kommt, erklärte Genosse Leinert sehr einfach aus dem schmachvollen Unterdrückungssystem, das die Bergarbeiter daran gewöhnt hat, nur das den Vorgesetzten Angenehme zu sagen. Am schlimmsten steht es in dieser Beziehung bekanntlich in den königlichen Gruben an der Saar. Dann verlas Genosse Leinert die Aussagen von Bergleuten der Zeche Radbod, die er selbst in diesen Tagen an der Unglücksstelle gesammelt hat, und die allerdings ganz anders klingen, als die Beschwichtigungsversuche des Ministers. Nach diesen Aussagen unterliegt es keinem Zweifel, daß die Wetterführung und die Berieselungsanlage unzulänglich waren, und daß die Verwaltung schon längst durch kleinere Explosionen und mahnende Stimmen gewarnt worden war. Aber ihr wie allen anderen Bergwerksunternehmungen scheint die Sorge um das Kapital höher gestanden zu haben, als die um die Bergleute. So klebt nun wieder einmal Blut an den Riesendividenden der Bergwerksbetriebe, deren Aktien fast durchweg in den Händen der allerreichsten und allervornehmsten Herren sind. Das Furchtbarste aber, was die Welt aus der Rede des Genossen Leinert erfuhr, war die Möglichkeit, daß manche der Bergarbeiter, die verunglückt waren, lebend eingemauert worden sind, um die Grube zu retten. Wir haben diesem entsetzlichen Gedanken sofort Ausdruck gegeben, als gemeldet wurde, mit welcher Eile die Grube zugemauert werden solle. Man weiß, wie voreilig bei dem Riesenunglück in Courrieres — damals, als die preußische Bergwerksverwaltung sich rühmte, ein solches Massenunglück sei in Deutschland unmöglich — die Verwaltung erklärte, daß kein lebendes Wesen mehr in der Grube sein könne und daß es nun Zeit sei, die Grube zuzumauern, um den Brand zu ersticken. Damals kamen noch nach mehreren Tagen einige Bergleute gerettet ans Tageslicht. Auf Zeche Radbod aber hat man den Entschluß durchgeführt, wenige Stunden nach der Explosion die Einstellung der Rettungsarbeiten angeordnet, die Ventilation eingestellt und den Schacht vermauert. Selbst der preußische Handelsminister konnte nicht umhin, der Verwaltung den leisen Tadel auszusprechen, daß sie wohl besser gewartet hätte, bis sein Kommissar oder er selbst in Radbod eingetroffen wäre, statt daß sie, die materiell interessierte, die Einstellung der Rettungsarbeiten verfügte. Genosse Leinert aber sprach es unumwunden aus, daß die Bergarbeiter mit der fürchterlichen Möglichkeit rechnen, daß einige ihrer Kameraden lebendig begraben worden sind.

Die weitere Debatte sank auf ein tiefes Niveau. Der Landrat von Hamm, Schulze-Pelkum mit Namen und konservativer Landtagsabgeordneter, fühlte sich bewogen, unseren Genossen Leinert wegen seiner unerschrockenen Wahrheitsliebe in der unerhörtesten Weise als Hetzer hinzustellen, und der nationalliberale Abg. Dr. Friedberg, — die Nationalliberalen werden ja vom Grubenkapital ausgehalten — assistierte ihm, dabei zeigend, daß er von den Grundprinzipien der Sozialdemokratie reinweg nichts versteht. Mit dem Schicksal der Bergarbeiter beschäftigen sich die Herren sehr wenig, hatte doch Herrn Friedberg die Rede des Genossen Leinert schon ohnedies zu lange gedauert. Der blockfreisinnige Flottenprofessor Eickhoff forderte zwar mit dem Munde Reichsberggesetz und Arbeiterkontrolleure, stärkte aber heimlich den Widerstand der preußischen Bureaukratie gegen diese Grundforderungen der Bergarbeiterschaft, indem er mit lächerlicher Übertreibung die letzte Berggesetznovelle als großen Fortschritt feierte.

Am Sonnabend erklärte im Abgeordnetenhause der Minister Delbrück bei der Fortsetzung der Besprechung der Interpellation über das Grubenunglück auf Radbod, falls Leinert ihm die Namen seiner Gewährsmänner nenne, würde er dafür sorgen, daß alle diese Arbeiter — gleichviel, welche Aussagen sie machen — bei den staatlichen Gruben Beschäftigung fänden. Eine Gewähr dafür, daß sie von den Privatbesitzern nicht gemaßregelt werden würden, könne er nicht übernehmen. Infolge dieser Erklärung bemerkte Leinert, er werde die Namen nennen, hoffe aber, daß der Minister sein Versprechen loyal auslegen und auch dafür sorgen werde, daß die Arbeiter wegen ihrer Aussagen nicht etwa geschuhriegelt oder sonstigen Unannehmlichkeiten ausgesetzt werden.

Es besteht demnach die Hoffnung, daß über die Ursache dieses Unfalls größere Klarheit geschaffen wird, als es bei früheren Katastrophen der Fall war.

Kapitalismus und Korruption.

Von Zeit zu Zeit füllen sich die Zeitungen mit skandalösen Mitteilungen über niederträchtige und schimpfliche Dirnendienste, die die bürgerliche Presse dem Kapitalismus erwies. Kürzlich berichtete die „Frankf. Ztg." unter dem Titel: „Ein Preßskandal" folgende italienische Korruptionsaffäre:

Im August hatte die Brüsseler Zeitung „Patriote" Enthüllungen über die Korruptionsarbeit des Preßbureaus des Kongostaates gebracht und sehr deutlich auf deutsche und italienische Zeitungen hingewiesen, die sich hätten kaufen lassen um die geradezu skandalösen Zustände am Kongo zu beschönigen. In Rom wurden als gekauft zwei antiklerikale Blätter bezeichnet und ihre Besitzer als ein Senator und ein Abgeordneter angegeben. Gegenwärtig existiert aber nur ein antiklerikales Blatt in Rom, das dem Senator Roux, einem Piemontesen gehört. Der Verdacht fiel also auf ihn, was um so peinlicheres Aufsehen erregte, als Roux bei der Übernahme der Zeitung erklärt hatte, er gedenke die Korruption in der Presse zu bekämpfen. Mitglieder des Pressevereins brachten eine Interpellation an ihren Präsidenten, den Abgeordneten Barzilai, ein, und so fand am 2. September eine Versammlung statt, in der ein Redakteur des sozialistischen „Avanti" noch weitere Beschuldigungen gegen Senator Roux einbrachte, die die Kruppschen Kanonen, die brasilianische Regierung, die Dampfkesselfirma Belleville, die Telephongesellschaft und die Navigazione Italiana betrafen. Da diese Beschuldigungen sehr bestimmt klangen, beschloß der Verein, eine Enquete anzustellen, mit der er den Besitzer des demokratischen „Messaggero", den Abgeordneten Bissolati, den jetzigen Chefredakteur des „Avanti", und den römischen Chefkorrespondenten des „Corriere della Sera" beauftragte. Am 5. November verlas diese Kommission ihren Bericht, der einen tiefgehenden Eindruck auf die Journalistenversammlung machte. Er beginnt mit der Feststellung, daß der Senator Roux, der im Interesse des Standes und seiner eigenen Person eingeladen worden war, Erklärungen abzugeben sich geweigert habe, den Preßverein als Richter anzuerkennen, und seine Demission als Vereinsmitglied einreichte . . . Was den ersten Anklagepunkt anbetrifft, so läßt der Umstand, daß der „Patriote" alles Material einschickte und darauf hinwies, daß der Kongostaat selbst das Geschäft gar nicht leugne, Herrn Roux als stark belastet erscheinen, zumal ein Telegramm aus Brüssel an das „Giornale d'Italia", das dieses aus Schonung abschwächte, von einem Senator in Rom sprach, der einen nicht italienischen Namen habe. Das trifft auf den französischen Namen Roux zu. Das Urteil zählt nun alle Artikel auf, die die „Tribuna" 1904 und 1905 zur Verherrlichung des Kongostaates brachte, um ihn als ein Ziel für die italienische Auswanderung und als ein Eldorado für italienische Offiziere hinzustellen. Diese Lobesartikel sind um so auffallender, als die „Tribuna" niemals die Gegner zu Worte kommen ließ und einmal ein von

Die weiße Nelke.

Kriminal-Roman von F. Kaulbach.

(22. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

„Ach, so schnell geht es nicht mit dem Heiraten," erwiderte sie, sich mühsam zu einem harmlosen Tone zwingend.

„Was!" rief Seydel verwundert aus. „Ich dachte immer, daß so eine junge Liebe der Zeit am liebsten Flügel geben möchte, damit der Hochzeitstag so schnell wie möglich heranrückte!"

Thea senkte das Köpfchen, damit der alte Herr ihr nicht in die feuchtglänzenden Augen sehen konnte.

Glaubitz ergriff an ihrer Stelle das Wort; er sprach mit einer Schärfe, die er kaum verbarg. „Meine Braut ziert sich ein wenig, Herr Staatsanwalt, und tut, als möchte sie die Hochzeit gern in die Ferne gerückt sehen. Aber mit der Zeit wird sie sich's wohl schon anders überlegen. Sie wissen ja: Donna è mobile!"

Der Staatsanwalt suchte die Sache scherzhaft zu nehmen und lachte, doch war es mehr ein Lachen der Höflichkeit, als des Vergnügens. „Dies Wort stammt aus Italien, Herr Rechtsanwalt," begann er seine Entgegnung, um plötzlich mit einem Laute des Schreckens sich zu unterbrechen und auszurufen: „Um Gottes willen, Elisabeth, was ist dir?"

Seine Frage war berechtigt genug. Elisabeth war totenbleich geworden; sie hatte sich, wie mit einer Ohnmacht kämpfend, in ihren Stuhl zurückgelehnt, und ihre Augen schauten starr mit seltsamem Ausdruck in die Ferne. Die Anrede des Vaters gab ihr schnell die Fassung zurück, und sie versicherte, daß nur eine kleine Schwäche sie angewandelt habe, die ihr sonst fremd und auch jetzt schon vorüber sei; doch veranlaßte trotzdem der Anfall den Aufbruch des Brautpaares. Elisabeth küßte die kleine Freundin zum Abschied mit auffallender Innigkeit.

Als Vater und Tochter allein waren, wiederholte der Staatsanwalt seine Frage, was ihr gewesen sei; doch antwortete sie auch jetzt ausweichend, ablehnend. In ihren Augen war noch immer der merkwürdig starre Blick, und so ging sie ein paarmal im Zimmer auf und nieder; dann blieb sie plötzlich vor ihrem Vater stehen.

„Ist dieser Glaubitz ein guter Rechtsanwalt?" fragte sie so schroff und unvermittelt, daß ihr Vater sie erstaunt betrachtete.

„Warum fragst du das, Kind?"

„Ist er ein guter Rechtsanwalt?"

„Er steht in dem Rufe, obwohl er noch nicht lange hier ist. Aber warum — —"

„Du weißt," fiel Elisabeth ihm ins Wort, „ich habe bereits einen Detektiv engagiert, um Richards Unschuld ans Licht zu bringen. Aber das genügt mir nicht. Ich muß auch einen Rechtsanwalt haben. Dafür habe ich mir Glaubitz ausersehen; ich hoffe, daß es mir mit seiner Hilfe gelingen wird, den wahrhaft Schuldigen zu entdecken."

Ohne ein Wort weiter hinzuzufügen, verließ sie mit energischen Schritten das Zimmer; verwundert über den Ton, in dem sie zu ihm gesprochen hatte, blickte der Staatsanwalt ihr kopfschüttelnd und seufzend nach.

Dreizehntes Kapitel.

August Fluth befand sich noch immer in Leipzig. Nachdem er sich überzeugt hatte, daß seine Anwesenheit in Berlin augenblicklich nicht so dringend nötig war, und daß er sich auf seinen dortigen Stellvertreter verlassen konnte, gab er sich mit einem Eifer der Sache Elisabeth Seydels hin, der in der Tat einen Erfolg verdient hätte.

Es wollte ihm nicht aus dem Sinne, daß das alte Kaufhaus Bruns ihm noch manches Geheimnis enthüllen konnte. Wer wußte, was diese zahllosen Räume, diese versteckten Gänge und Verließe, diese kleinen, winkligen Wohnungen des Hintergebäudes alles vernommen und geschaut hatten? Seltsam erschien es ihm auch immer wieder, daß der Mord an dem Kaufmann Bruns niemals aufgeklärt worden war.

Er hatte sich inzwischen längst seinem neugewonnenen Freunde, Herrn Balthasar Bäuerle, zu erkennen gegeben, aber dem Erstaunten den Grund seiner Nachforschungen nur ganz allgemein erklärt, ohne Elisabeths Angelegenheit im geringsten zu verraten. Beim nächsten gemütlichen Zusammensein fragte er ihn, ob er sich des Richters vielleicht noch entsinnen könne, der das Verbrechen an dem alten Bruns zu untersuchen gehabt habe.

Herr Bäuerle, der den jungen Mann, seitdem er dessen wahren Beruf kannte, mit einer Art von ehrfurchtsvollem Interesse betrachtete, mußte zu seinem Bedauern die Frage verneinen. Aber seine Begierde, selbst etwas Näheres über die damaligen Vorfälle zu erfahren, trieb ihn dazu, für Fluth Erkundigungen einzuziehen. Eines Tages kam er freudestrahlend dem jungen Detektiv schon auf dem Flur entgegen: „Herr Fluth, ich hab's erfahren," rief er vergnügt: „der Untersuchungsrichter Elburg war's! Damals noch ziemlich neu im Amt, — heute schon 'n großes Tier, — wohnt zufällig hier in Leipzig, — auch jetzt. Warten Se, warten Se!" Er zog ein Blatt Papier aus dem Portefeuille und reichte es August Fluth.

„Landgerichtsdirektor Elburg, Floßplatz 32", las er.

„Ich danke Ihnen herzlich, Herr Bäuerle. Sobald wie möglich werde ich den Herrn aufsuchen."

„Aber heute mittag, — halb drei, Herr Fluth, — vergessen Se's nich, — ich erwarte Se zum gemütlichen Schmause!"

„Ich werde kommen, haben Sie keine Sorge," versprach Fluth, indem er sich zugleich verabschiedete. Er war so völlig von seiner Sache eingenommen, daß er dem alten Herrn nur geteilte Aufmerksamkeit schenkte und froh war, als er endlich durch die von einem leichten Nebel verschleierten Straßen seinem Ziele zuschritt. —

Glücklicherweise war der Landgerichtsdirektor zu sprechen. Nachdem Fluth eine kleine Viertelstunde in dessen Bureau gewartet hatte, vernahm er draußen feste, kurze Schritte, die sich der Tür näherten; dann öffnete sich diese, und der Beamte erschien. Beamter schien er zu sein vom glattgekämmten, etwas gelichteten Scheitel bis zur knarrenden Sohle der feinen Stiefel. Er war ein Mann in den besten Jahren, ein ganzer Mann, der seiner Stellung Ehre machte, der genau wußte, wie wichtig das Amt war, in dem er sich Ruhm gewann.

Mit einer gemessenen Verbeugung begrüßte er Fluth, der ihm durch den Diener seine Karte übersandt hatte. Seine kleinen, vom vielen Schreiben und Studieren etwas getrübten Augen sahen durch die blitzenden Gläser des Klemmers den Detektiv prüfend, ja forschend an. Fluth hatte die Empfindung, als ob die ganze Erscheinung des Herrn Landgerichtsdirektors die Verkörperung tadelloser Korrektheit sei; wie die blendend weiße Wäsche, der glänzend schwarze Rock von keinem Fältchen gestört, von keinem Stäubchen getrübt waren, so schien auch das Wesen dieses Mannes von einer Mustergültigkeit zu sein, die ihresgleichen suchte.

„Bitte!" sagte er herablassend, indem er mit einer Handbewegung August Fluth zum Sitzen einlud und gleichzeitig selbst diesem gegenüber Platz nahm. August Fluth war viel zu klug, um nicht sofort herauszufühlen, daß der hohe Beamte ihm imponieren wollte; um so weniger ließ er sich das merken. Er wurde durchaus nicht schüchtern oder unbe-

ihrem eigenen Redakteur veranstaltetes Interview mit einem aus dem Kongo zurückgekehrten Offizier tendenziös verstümmelte. Erst am 7. Juni 1905 veröffentlichte die „Tribuna“ einen Artikel gegen den Kongostaat, weil zwei Tage vorher der „Corriere della Sera“ enthüllt hatte, daß ihm für eine Propaganda zugunsten des Kongostaates Geld angeboten worden war und die „Tribuna“ auch gehört haben mochte, daß die Regierung in der Kammer vor dem Kongo warnen werde, wie sie denn auch am 12. Juni tat. Der Bericht sagt zum Schluß: „Nach allen diesen Tatsachen haftet an der „Tribuna“ ein schwerer Verdacht, den wir weder zur Gewißheit verwandeln, aber auch nicht entkräften können, da Herr Roux schweigt und es auch unterläßt, die Verleumdungsklage gegen den „Patriote“ zu erheben. Diese Unterlassung hat sicherlich der Verteidigung Roux' nichts genutzt.“ Der zweite Punkt betrifft die Kruppschen Kanonen, die in die italienische Armee eingeführt werden sollten. Der Bericht konstatiert, daß das offiziöse Blatt die Artillerieinspektion in der maßlosesten Weise angegriffen habe, und zwar in einer langen Artikelserie, weil dieses die durchaus unbrauchbaren Kruppschen Kanonen angenommen habe: dann habe die „Tribuna“ in einer folgenden Periode Neutralität bewahrt, hierauf aber mit Feuereifer Krupp und die Artillerie-Inspektion gelobt, aber ohne es für der Mühe wert zu halten, diese Umkehr der Ansicht vor dem Publikum zu erklären. Der Bericht schließt, daß er die unleugbare und schwerwiegende Schwenkung nicht begreifen könne. Zwischen den Zeilen sagt er freilich deutlich, daß die Ansichtsänderung mit der Veränderung der Beziehungen zusammenhänge, die die „Tribuna“ zuerst mit den Konkurrenten Krupps hatte, Beziehungen, die durch andere abgelöst wurden, als die Regierung im Interesse der Heeresverteidigung die Einstellung der Angriffe wünschte. Beim dritten Punkt, die Verteidigung Brasiliens, das die italienische Regierung für die italienischen Auswanderer gesperrt hatte, schließt sich die Kommission der Ansicht des früheren Redakteurs der „Tribuna“, Lodi, an, daß diese Artikel zugunsten Brasiliens durch ein Abonnement auf 1000 Exemplare der „Tribuna“, die aber nie abgeliefert zu werden brauchten, bezahlt worden seien. Vierter Punkt: Die Dampfkesselfirma Belleville war von der englischen Marine abgewiesen worden, sie suchte daher an die italienische heranzukommen. Zu diesem Zwecke wollte sie zunächst die Presse gewinnen. Das „Giornale d'Italia“ war nicht zu haben, die „Italia“ brachte einen Artikel im Annoncenteil, die „Tribuna“ aber als redaktionelle Arbeit. Bei den beiden folgenden Punkten handelt es sich um die Verstaatlichung der Telephons und die Verlängerung der staatlichen Unterstützung einiger Schiffahrtslinien. Beim Telephon war die Banca Commerciale beteiligt, bei den Schiffahrtslinien die Navigazione Italiana. Beide Institute sollen Mitbesitzer der „Tribuna“ sein. Nun, die „Tribuna“ war jedesmal gegen die Regierungsvorlagen, deren Berichterstatter im Senat Herr Roux war. Der Bericht sagt, ließe es sich erweisen, daß die Institute finanziell an der „Tribuna“ beteiligt sind, so habe Herr Roux einen Akt der größten Unkorrektheit begangen. Ein Redakteur beantragte, man solle den Bericht dem Senate vorlegen. Das ging nicht durch, man nahm nur den Bericht an, dankte den Richtern für ihre Unparteilichkeit und ratifizierte die Selbstdemission des Herrn Senators. Das war der erste Akt.“

Für uns Deutsche wäre es von besonderem Interesse, die Schleichpfade aufgedeckt zu sehen, die die Firma Krupp zu dem vielgewandten Herrn Roux führten.

Deutscher Reichstag.

„Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.

Berlin, den 21. Novbr. 1908.

165. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: Sydow.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Reichsfinanzreform.

Dr. Spahn (Z.): Die politische wie die finanzielle Lage des Reichs ist eine überaus unsichere und dabei werden Forderungen an uns gestellt, wie sie bisher noch keinem Reichstage zugemutet sind. Nicht erst der jetzige Reichsschatzsekretär, sondern auch die früheren haben wiederholt versucht, in unsere Finanzen Ordnung zu bringen, bisher jedoch vergeblich. Bei der jetzigen Finanzlage ist es nicht angebracht, Steuern, die wir haben, fahren zu lassen. Die Ermäßigung der Zuckersteuer wird den Zucker nicht verbilligen. Daher sollte man diese 35 Millionen Mark beibehalten. Ebenso sollte man die Fahrkartensteuer nicht aufheben, denn die nach den niederen Klassen abgewanderten Reisenden werden in die höheren Klassen nicht zurückkehren. Unangebracht wäre auch jeder Verzicht auf die gestundeten Matrikularbeiträge, denn die Etats der größeren Einzelstaaten zeigen sämtlich Überschüsse. Bei der letzten Zusammenkunft des Kaisers mit König Eduard hat nach Zeitungsnachrichten dieser das Anwachsen der Flottenrüstungen zur Sprache gebracht. Hier handelt es sich doch nicht um allgemeine phantastische Abrüstungsideen, sondern um eine Anregung von weittragender Bedeutung, durch welche bei einer freien Verständigung der Nationen vielleicht erhebliche Summen gespart werden könnten. Gestern ist uns auch Sparsamkeit bei Bauten und bei dem Beamtenheer empfohlen worden. Man gewinnt allerdings den Eindruck, daß der Staat weit opulenter mit seinem Personal umgeht, als ein Kaufmann. Vor Jahren schon forderte ich die Streichung einzelner Beamtenstellen, fand hier jedoch keine Gegenliebe. Zur Erhöhung der Steuerkraft forderte Fürst Bülow auch Sparsamkeit im Privatleben. Ich habe als Student der Volkswirtschaftslehre — zu jener Zeit war der Herr Reichskanzler noch Leutnant (Große Htkt.) — gelernt, der Luxus sei es, der unserer Volkswirtschaft zur Blüte fehle. (Htkt. und Zustimmung.) Der Reichskanzler verglich Deutschland nach einem Zitat aus Schiller mit dem hoffnungsfroh vorwärts stürmenden Jüngling; wenn seine Sparsamkeitsrezepte angewendet werden, wird ihm das Ausland vielleicht den Schlußvers des Zitats vorhalten: „Still auf gerettetem Kahn treibt in den Hafen der Greis“. (Erneute Heiterkeit.) Der Bedarfsnachweis, den der Staatssekretär aufgestellt hat, erscheint uns nicht ausreichend. In der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ ist dargelegt, daß wir mit 300 statt mit 500 Millionen Mark auskommen werden. Auf die Frage, wie das Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern sich stellt, will ich ausführlich nicht eingehen. Ich will nur bemerken, daß auf eine Mark direkter Steuer pro Kopf der Bevölkerung heute 3,24 Mark indirekter entfallen. Meine Parteifreunde sind aber der Ansicht, daß die direkten Steuern den Einzelstaaten überlassen bleiben müssen, damit diese die ihnen durch die Verfassung zugewiesenen Aufgaben erfüllen. Außerdem ist der Besitz schon sehr stark belastet. So trägt ein Einkommen von 20 000 Mark, zur Hälfte aus Grundbesitz 16 Proz. Staats-, Gemeinde-, Kirchensteuern usw. (Lebhaftes Hört, hört! rechts und im Zentr.) — Die neuen Steuern haben durchweg die Tendenz den Mittelstand zu schädigen. Mittelstandsfeindschaft scheint leider der Grundzug der Sydowschen Finanzreform zu sein. — Redner geht die einzelnen vorgeschlagenen Steuern durch. Das Branntweinmonopol verwerfen wir, sind aber bereit, in eine anderweitige Mehrbelastung des Tabaks zu willigen, die Brausteuer, wie sie vorgeschlagen wird, begünstigt die Großbetriebe auf Kosten der mittleren und kleinen und verteuert das Bier im Einzelkonsum. — Der Tabak kann belastet werden; aber die vorgeschlagene Form der Banderolensteuer müssen wir im Hinblick auf Industrie und Arbeiter ablehnen. Ebenso müssen wir die Weinsteuer ablehnen, die keineswegs auf die Konsumenten abwälzbar ist. Schon jetzt werfen die Weingüter eine viel zu geringe Rente ab. Die württembergische Regierung hat in ihrem Landtage erklärt, sie habe im Bundesrat gegen die Weinsteuer gestimmt. Warum ist kein Bevollmächtigter der württembergischen Regierung zum Bundesrat hier, um auch hier ihre Stellung darzulegen. Auch gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer müssen wir uns wenden, deren Durchführung auch technisch sehr schwierig wäre. In Bayern wird sehr großer Wert auf die Ablehnung gelegt, weil dort auch der Plan der Elektrisierung der Bahnen besteht. Von der Inseratensteuer, meinte der Schatzsekretär, würde nicht die Presse betroffen, sondern die Inserenten würden sie tragen. Für die kleine Presse trifft das sicher nicht zu, sie würde durch diese Steuer schwer belastet und gerade sie zu erhalten, haben wir alles Interesse. Über die Erweiterung der Erbschaftssteuer und über die Nachlaßsteuer lohnt es nicht zu sprechen; nach der gestern abgegebenen Erklärung der Konservativen halte ich es für unwahrscheinlich, daß diese Steuer auf der Bildfläche bleibt. Jedenfalls wollen wir nicht ihre Geburtshelfer sein. Mit der Festsetzung der Matrikularbeiträge für fünf Jahre würde das Budgetrecht des Reichstages geradezu beseitigt, während der Reichstag allen Anlaß hat, an den Rechten festzuhalten, die ihm zustehen. Die Schuldentilgungspläne sind sehr schön, doch wird es mit ihnen gehen wie mit allen früheren; sie kommen aufs Papier und bleiben da stehen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Zum Schluß meinte der Schatzsekretär, wenn die Steuern abgelehnt werden, müsse der Reichstag andere vorschlagen. Der Bundesrat lasse sich auf Rätselraten nicht ein. In dieser Bemerkung wird die Stellung des Reichstages verkannt. Unsere Pflicht ist, die einzelnen Vorlagen zu prüfen und bei dieser Prüfung lassen wir uns von den Prinzipien nicht abbringen, die wir für unser Einnahmerecht und Ausgaberecht aufgestellt haben. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wenn wir zur Ablehnung der Vorlagen kommen, so ist die Folge kein Rätselraten, sondern es müssen uns andere Vorschläge gemacht werden. Der Staatssekretär soll dann einen Appell nicht an unsere Vaterlandsliebe richten, sondern die Vaterlandsliebe des Bundesrats. (Bravo! im Zentrum.)

Schatzsekretär Sydow: Anfangs hatte ich die Absicht, in dieser Debatte erst wieder das Wort zu ergreifen, wenn die Redner aller Parteien gesprochen haben. Ich muß aber auf einige allgemeine Gesichtspunkte, die der Vorredner erwähnt hat, doch eingehen. Er hat darauf hingewiesen, daß mein Amtsvorgänger vor 8 Jahren glaubte, mit einer Forderung von 245 Millionen Mark für einige Jahre auskommen zu können. Die damals bewilligten Steuern bringen aber effektiv nur 110 bis 120 Millionen und dazu kommen neue Ausgaben, welche vom Reichstag bewilligt sind, besonders der erweiterte Ausbau der Flotte. Ferner die bevorstehenden Ausgaben für die Erhöhungen der Beamtenbesoldungen. Weiter wünscht der Reichstag eine Aufbesserung der Mannschaftslöhne beim Heer und bei der Marine. Alles das verursacht Ausgaben, welche im Jahre 1905 nicht vorhergesehen werden konnten. Der Vorredner führte den Rückgang des Kurses unserer Anleihen auf die allgemeine Weltlage zurück. Das ist zweifellos richtig. Aber ebenso richtig ist es, daß die ständige Beunruhigung des Anleihemarktes zu diesem Kursrückgang beigetragen hat. Daß die Frankensteinsche Klausel die Schuldenwirtschaft nicht beeinflußt habe, kann ich dem Vorredner nicht zugeben. Gerade auf ihrer Grundlage sind die Überweisungen an die Einzelstaaten höher gewesen, als die Matrikularbeiträge. Was die Bedarfszahlen betrifft, so kann ich nur wiederholen, daß sie in der Kommission im einzelnen sehr genau dargelegt werden sollen. Der Vorredner sieht kein Bedenken darin, die aufgeschobenen Matrikularbeiträge den Bundesstaaten zur Last zu legen, von denen er meint, daß sie Überschüsse hätten. Ich kenne zwar nicht die Etats aller Einzelstaaten, aber doch einige und ich weiß, daß — um einen Ausdruck des Vorredners zu gebrauchen — die mittleren und kleinen Betriebe (Heiterkeit) in großer Verlegenheit sind und daß auch in den größeren Staaten wegen der Erhöhung Beamtenbesoldungen neue Steuerprojekte vorbereitet werden. Weiter ist gesagt, daß hier dauernde Einnahmen verlangt werden, während ein Teil der Ausgaben verschwinden wird. Ich glaube jedoch, daß mit den 500 Millionen Mark eher zu knapp auszukommen ist, als das Gegenteil. Das Defizit für das laufende Jahr wird gegen die Rechnung 100 Millionen Mark übersteigen, und dessen Deckung ist hier noch garnicht vorgesehen. (Hört, hört! links u. im Zentrum.) An der Spitze seiner Erörterungen über die einzelnen Steuern wies der Vorredner auf den § 6 des Flottengesetzes hin. Ich kann nur sagen, daß dieser § vielleicht ein Meisterstück parlamentarischer Geschicklichkeit ist, nicht aber ein Meisterstück der Finanzpolitik. (Sehr richtig! rechts.) Ich glaube, er geht von der überwundenen Auffassung aus, als komme der Bau und die Verstärkung unserer Flotte nur den Besitzenden zugute, während sie dem gesamten Vaterlande zugute kommt. In der Kommission glaube ich, auch nachweisen zu können, daß die Mehrausgaben für die Flotte durch Mehreinnahmen gedeckt worden sind, die dem § 6 des Flottengesetzes entsprechen. Doch lege ich darauf keinen entscheidenden Wert. Wir

---

holfen; nicht umsonst war er lange Zeit drüben in Amerika gewesen.

„Sie wünschten?“ fragte Elburg, indem er mit seinen weißen Fingern über die breite, glatte Stirne strich.

„Sie haben, wie ich höre, im Jahre 1888 die Untersuchung im Mordprozeß Bruns geführt; ist Ihnen das erinnerlich?“

Die Augen des Landgerichtsdirektors weiteten sich vor Erstaunen über eine so respektlose, ohne jede höfliche Einleitung an ihn gerichtete Frage von seiten eines — eines weit unter ihm stehenden Menschen.

„Wollen Sie mir vor allen Dingen erst einmal erklären,“ gab er hochmütig zurück, „was Sie zu dieser — eigentümlichen Frage veranlaßt?“

„Mein Beruf,“ erwiderte Fluth mit einem leichten Lächeln in trockenem Tone; „ich habe Gründe, mich für das damals unaufgeklärt gebliebene Verbrechen lebhaft zu interessieren, weil ich behaupte, daß dieses mit dem vor kurzem begangenen Morde an der Schauspielerin Maria Goladika, von dem Sie ohne Zweifel Kenntnis haben, in gewissem Zusammenhange steht.“

„Und zu diesem Zweck, mein Herr, soll ich Ihnen dienlich sein?“ fragte Elburg noch immer in einem Tone, als ob Fluth ihm eine Beleidigung zugefügt hätte.

„Sie wären sehr gütig,“ entgegnete der junge Mann mit unerschütterlichem Gleichmut; „ich setze voraus, daß Ihnen, als Jurist, der Fall ebenso interessant sein wird, wie mir, daß Ihnen sicherlich ebenso viel daran gelegen sein wird, wenn vielleicht das heutige Ereignis auch in das Dunkel der Vergangenheit einen hellen Schein werfen könnte?“

Fluth hatte mit richtigem Scharfsinn vermutet, daß er den Gewichtigen bei seiner Beamtenehre fassen mußte, um ihn zum Reden zu bringen.

Der Landgerichtsdirektor machte ein nachdenkliches Gesicht. Endlich sagte er mit Würde:

„Mein werter Herr, — Herr — Fluth — nicht wahr, so ist Ihr Name? Sie werden doch wohl nicht daran zweifeln wollen, daß man den fraglichen Prozeß mit aller Gewissenhaftigkeit und allem Scharfsinne geführt hat? Nun gut; man hat die Sache ruhen lassen müssen, weil der Täter nicht zu ermitteln war — leider . . .“

„Ich erlaube mir nicht, an irgend etwas zu zweifeln,“ warf Fluth ein wenig sarkastisch ein; „ich bin nur von meinem vielleicht recht törichten Instinkt getrieben, der mir immer sagt: bei rätselvollen Vorgängen der Gegenwart leite den Faden weiter zurück, bis du dahin gelangst, wo der Ursprung liegt, und suche den Anfang des Fadens; fast niemals bin ich fehlgegangen. So sage ich auch hier: in der Vergangenheit finde ich die erste Spur der Ursachen zu der Katastrophe der Gegenwart. Urteilen Sie doch selbst: der damals von einem nicht entdeckten Verbrecher ermordete Kommerzienrat Bruns war der Vater des Mannes, der heute des Mordes an der Schauspielerin Goladika verdächtigt ist.“

Jetzt begann die Geschichte auch den Landgerichtsdirektor zu interessieren; außerdem wollte er hinter dem Eifer und der Klugheit des jungen Detektivs nicht zurückstehen. Mit Befriedigung bemerkte dieser, daß die hochmütige Miene Elburgs allmählich verschwand und dem Ausdruck sinnenden Ernstes Raum gab.

„Was Sie da sagen, ist mir bekannt,“ entgegnete Elburg noch immer herablassend; dann fügte er viel freundlicher hinzu: „Es ist mir heute leider nicht möglich, die Einzelheiten des damaligen Prozesses mit Ihnen zu bereden; ich muß mich dazu wieder in die Akten vertiefen; bitte, kommen Sie morgen vormittag wieder zu mir, dann werde ich Ihnen über das, was Sie wünschen, Auskunft erteilen.“

Zu Fluths Verdruß war er hiermit bis auf weiteres entlassen.

„Ihre Bemühungen sind anerkennenswert,“ sagte Elburg sehr gnädig, indem er sich gleichzeitig mit Fluth erhob; „doch fürchte ich, daß sie vergeblich sein werden; ich erinnere mich ganz genau, daß in jenem Prozeß die denkbarste Mühe angewandt worden ist, um den Täter zu ermitteln. Wie sollte das jetzt nach so und so viel Jahren möglich sein?“

„Ihn zu entdecken, kümmert mich weniger, als einen Anhaltspunkt für die Vorgänge des heutigen Mordes zu gewinnen. Also, wenn Sie erlauben, — auf morgen!“

Der Empfang, der August Fluth am folgenden Tage von Elburg zuteil wurde, war viel zuvorkommender, als der erste. Der Landgerichtsdirektor kam ihm gleich mit der Nachricht entgegen, daß er bis nach Mitternacht über den alten Akten gesessen und darüber gegrübelt habe. Er nahm nun die Sache äußerst wichtig; denn es vertrug sich nicht mit seinem Gewissen als hoher Beamter, daß ein viel Kleinerer als er war, ihm an Tätigkeit und Scharfsinn überlegen sein könnte.

„Vor allen Dingen,“ begann er im Tone eines erfahrenen Juristen, der einem Anfänger einen guten Rat geben will, „würde ich Ihnen dringend empfehlen, noch einmal das alte Kaufhaus Bruns gründlich zu untersuchen, nämlich — —“

„Ist bereits geschehen,“ fiel ihm Fluth mit ruhiger Sicherheit ins Wort.

Elburg machte ein so verblüfftes Gesicht, daß Fluth sich auf die Lippen biß, um nicht laut aufzulachen.

„So — so — schon geschehen — hm — also — aber nichts Besonderes gefunden, wie?“

„Erinnern Sie sich der Räumlichkeiten des Hauses Bruns, Herr Landgerichtsrat?“ fragte Fluth statt der Antwort. „Ich bin der Meinung, daß irgendeine geheime Verbindungstür vorhanden sein muß, die von dem Mordzimmer direkt in das Hintergebäude führt . .“

„Das wollte ich Ihnen eben sagen“, warf Elburg ein, der immer erstaunter wurde, daß der junge Mann in jeder Beziehung orientiert war. „Man hat diese Verbindungstür vergeblich gesucht, und doch muß sie da sein, weil der Schlüssel in dem verschlossenen Zimmer des Toten von innen steckte. Man hatte das Schloß aufgebrochen und fand die Leiche des Kaufmanns in halbsitzender Stellung auf einem Sessel vor dem Bett; die Mordwaffe steckte im Rücken, ein sicheres Zeichen also, daß der Mörder ihn heimtückisch überfallen hatte; auch verriet nichts an der Lage der Glieder, daß ein Kampf vorangegangen war.“

Fluth unterbrach den Landgerichtsdirektor nicht, sondern horchte nur aufmerksam und nickte zuweilen gedankenvoll mit dem Kopfe.

„Es sind ein paar Personen der Tat verdächtigt worden,“ fuhr Elburg fort, „die man aber wegen Mangels an Beweisen wieder auf freien Fuß setzen mußte: die Wohnung im Hintergebäude zunächst der des Ermordeten hatte damals ein Mann namens Henzen inne; ein seltsamer Kauz. Nach einer Haussuchung wurde er mehrfach vernommen, aber aus ihm war nichts herauszubringen; auch konnte er sein Alibi nachweisen. Außerdem bürgte ein Rechtsanwalt Glaubitz für ihn, bei dem er Schreiber war.“

„Glaubitz?“ warf Fluth ein. „Verzeihen Sie, — ist das derselbe Rechtsanwalt Glaubitz, der später nach Berlin zog und noch jetzt dort wohnt?“

„Das weiß ich nicht“, gab Elburg zurück, „ich kenne ihn nicht. Es gibt übrigens viele dieses Namens, soviel ich weiß; es war ein noch junger Mensch — ich erinnere mich seiner ungefähr: nun, wie gesagt, dieser bürgte für den Henzen und stellte ihm ein selten vorzügliches Zeugnis aus.“

(Fortsetzung folgt.)

müssen vielmehr den Etat als ein Ganzes ansehen, und die notwendigen Ausgaben aus allen Quellen bestreiten. Bei der Branntwein-, der Brausteuer, der Tabaksteuer meinte der Vorredner, würden die mittleren Betriebe nicht genügend geschützt. Doch kann ich ihm das nicht zugeben. Ebenso habe ich auch bei der Elektrizitätssteuer den Nachweis geführt, daß dabei die mittleren und kleinen Betriebe am besten fort kommen. Was das Verhältnis der Beteiligung Bayerns an der Elektrizitätssteuer betrifft, so ist auf den Steuerbetrag von 7 bis 800 000 Mk. hingewiesen, bei der Elektrisierung der Bahnen. Für Preußen würde dieser Betrag viele Millionen betragen, und doch ist Preußen mit der Steuer einverstanden. (Lebh. Zurufe: Preußen hat Kohlen!) In bezug auf die Kohlen ist Ostpreußen nicht besser gestellt wie der Süden; die Bahnen laufen ja nicht nur in Industriebezirken. — Redner verteidigt die Bindung der Matrikularbeiträge und bestreitet, daß dadurch das Budgetrecht des Reichstages beeinträchtigt wird. Das Ausgabebewilligungsrecht wird doch dadurch nicht angetastet. — Die Abschaffung des stehenden Heeres, wie Abg. Geyer sie fordert, würde schließlich mehr kosten als die Ausgaben für das Heer. — Die Steuervorschläge des Herrn Raab wird das Reichsschatzamt in sorgfältige Erwägung ziehen, sobald es Zeit hat. (Htkt.)

Dr. Paasche (NL.): Die Reden der Abg. Spahn und Raab waren leider wesentlich negativ. — Die Hauptschuld an der Reichsfinanznot tragen die von der Reichsregierung veranlaßten, noch dazu verfassungswidrigen Zuschußanleihen. Mit dem unnützen und schwerfälligen Überweisungssystem soll man gründlich brechen, dagegen die Matrikularbeiträge zur Erziehung der Einzelstaaten zur Sparsamkeit beibehalten. Sparsamkeit kann man üben an Schreibwerk und Uniformen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Redner wendet sich zu den einzelnen Steuern. Das Branntweinmonopol begrüßt er im allgemeinen. Daß dadurch viele neue Reichsbeamte geschaffen werden, ist nicht so schlimm. Die Beamten haben mehr Furcht vor dem sozialdemokratischen Terrorismus als vor der Regierung (Heiterkeit b. d. Soz.) Die Weinsteuer ist für uns unannehmbar, weil sie die Winzer schädigt und für die Brau- und Tabaksteuern müssen andere Formen gefunden werden. Die Gas- und Elektrizitätssteuer, sowie die Inseratensteuer schädigen den Mittelstand. Annehmbar ist allenfalls die Plakatsteuer. Statt der Nachlaßsteuer wünschen wir eine Reichsvermögenssteuer. Die Einsetzung des Reiches als Intestaterben läßt sich hören. Die Fahrkartensteuer sollte reformiert aber nicht aufgehoben werden. Beliebt ist keine Steuer. (Allgemeine Zustimmung.) Wir werden uns endlich bemühen, das große Werk der Finanzreform zustande zu bringen. (Beifall b. d. Natl.)

Preußischer Finanzminister v. Rheinbaben klagt über die geringe Beliebtheit der vorgeschlagenen Steuern, spricht eifrig gegen eine Reichsvermögenssteuer und eifrig und viel über die furchtbare Belastung des Besitzes in Deutschland. Die Lage der Arbeiter hat sich ganz außerordentlich verbessert. Der sozialdemokratische Arbeiter zahlt im Durchschnitt jährlich 25 Mk. an Gewerkschaftssteuern, 17 Mk. an Parteisteuern, macht im ganzen 42 Mk. (Laute Rufe rechts: Hört, hört, hört!) Und dann beklagt man sich, wenn das Reich 4,50 Mk. Genußsteuern haben will. (So ein Blech! b. d. Soz.)

v. Dziembowski (Pole): Wir lehnen die Vorlage ab, weil wir kein Vertrauen zu einer Regierung haben, die das konstitutionelle Prinzip mißachtet, eine Reform des preußischen Landtagswahlrechts ablehnt, die polnischen Reichsangehörigen rechtlos macht und den mittelbaren und unmittelbaren Staatsbeamten das Recht der freien Meinungsäußerung raubt. (Lebhafter Beifall bei den Polen und den Soz.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr.

Schluß 4¼ Uhr.

Soziales und Parteileben.

Achtung! Die Direktion der Schallplattenfabrik „Favorite" Hannover-Linden hindert immer noch die bei ihr beschäftigten Arbeiter an der Ausübung ihres Koalitionsrechtes. Der Fabrikarbeiterverband bittet die Arbeiter allerorts bei Einkäufen von Musik-Schallplatten Marke „Favorite" dieses zu beachten.

Sämtliche Kutscher und Arbeiter der Paketfahrt in Dresden legten nach dem W. T.-B. die Arbeit wegen Lohnstreitigkeiten nieder.

G. C. **Gelbe Kellner-Verbände.** Die bürgerliche Presse bringt ab und zu Reklamenotizen für die gelben Kellnerverbände. Eine solche Notiz, die jetzt die Runde durch die Blätter macht, erschien vor kurzem in den „Münch. Neuesten Nachr." Sie lautet: „Der deutsche Kellnerbund Union Ganymed besteht nun 30 Jahre. Er umfaßt 10 000 Mitglieder, die sich auf 110 Bezirksvereine und 62 Sektionen (im Auslande) verteilen, und über 40 Stellennachweise, die im vorigen Jahre 80 123 Stellen besetzten. Weitere Einrichtungen sind die Spar- und Darlehensbank, die Unterstützungskasse, aus der bei Krankheit und Erwerbsunfähigkeit, sowie bei Todesfällen seit Bestehen 384 443,92 Mk. ausbezahlt wurden, die Rechtsschutz-Abteilung usw. Ferner verfügt der Deutsche Kellnerbund über eine eigene Zeitung, die Hotel-Revue. Besonders zu betonen ist noch, daß der Bund seine Aufgaben für den Gehilfenstand auf nationalem Boden zu lösen sucht." Es ist richtig, daß diese Karikatur eines Gehilfenverbandes schon 30 Jahre besteht. Der Bund ist jedoch noch nicht für eine Besserstellung der Lage der Angestellten eingetreten, sondern hat eher das Gegenteilige getan. Das beweisen die fortwährenden Verschlechterungen der Berufsverhältnisse der gastwirtschaftlichen Angestellten und die schamlose Ausbeutung, der diese von vielen Arbeitgebern und der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung ausgesetzt sind. Die Leitung des Bundes hat sich nicht gescheut, die eigenen Mitglieder, die durch die erbärmlichsten Arbeitsverhältnisse in der Verzweifelung die Arbeit niederlegten, zu verdammen. Es wurden nicht die Interessen der Mitglieder gewahrt, sondern die der Unternehmer, denen in der Auffassung recht gegeben wurde, daß Streiks und Lohnforderungen Erpressung seien!

Man hat es in diesem Bund ganz in Ordnung gefunden, daß seine Mitglieder wegen solcher Delikte verurteilt wurden. Den Unternehmern zeigt man sich willfährig indem man ihnen unter jeder Bedingung arbeitende Kräfte zuweist. Freilich schätzt es sich der Bund ja auch zur Ehre, zahlreiche Arbeitgeber als Ehrenmitglieder zu besitzen. Daß letztere eine Besserstellung der Angestellten in ihrem eigenen Interesse nicht fördern und ihren Einfluß auch dahin geltend machen, ist doch sehr erklärlich. Ebenso ist es auch das Bestreben der Arbeitgeber, solchen Verbänden weitgehende Unterstützung zuteil werden lassen.

Mit der Mitgliederzahl wird stark geflunkert. Man nimmt es bei der großen Zahl mit einigen Tausenden nicht so genau. Vom Verbande deutscher Gastwirtsgehilfen wurde dem Deutschen Kellnerbund erst vor kurzem auf Grund seiner eigenen Rechenschaftsberichte vorgerechnet, daß er in Deutschland ungefähr 3800 und im Auslande 2200 Mitglieder habe, unter denen sich insgesamt 701 Arbeitgeber befinden, nämlich 121 Hoteliers, 382 Restaurateure, 34 Cafétiers und 94 Direktoren. Notorisch ist die Tatsache, daß dort im Auslande, wo der Deutsche Kellnerbund eine führende Rolle spielt, jetzt die erbärmlichsten Verhältnisse herrschen, während vordem dort noch annehmbare Zustände vorhanden waren. Die aufgeklärten gastwirtschaftlichen Angestellten in Frankreich, England, Italien und andern Ländern sehen in dem Bund nur eine Organisation, die die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Landesangehörigen verschlechtert. Sie bekämpfen ihn deshalb, gleich wie es in Deutschland der Fall ist. Die Stellenvermittelung wird vom Deutschen Kellnerbund zum größten Teile noch gegen Bezahlung gewerbsmäßig betrieben. Nur in einigen großen Städten (es sind deren 4) ist die Vermittlung kostenlos. Dazu konnte man sich aber erst verstehen, nachdem von den freiorganisierten Gastwirtsgehilfen fortwährend scharfe Kritik an diesem System geübt wurde und die öffentliche Meinung sich dem anschloß. In allen andern Verwaltungsstellen jedoch müssen die in Stellung gebrachten Angestellten Gebühren bezahlen. Dort ist überall ein Bureauchef angestellt, dem sehr erhebliche Rechte eingeräumt werden und der meistens das Bureau auf Rechnung führt. Von der Gebührenzahlung sind Mitglieder nicht ausgenommen, sie bezahlen allerdings weniger als Nichtmitglieder. Der Bureauchef hat infolgedessen ein Interesse daran, Nichtmitglieder vorzugsweise in Stellung zu bringen und aus den Statistiken ist in der Tat zu ersehen, daß bedeutend mehr Nichtmitglieder in Stellung gebracht wurden wie Mitglieder. In den Verwaltungsstellen, die einen kostenlosen Arbeitsnachweis führen, wird von den Stellungsuchenden sehr oft verlangt, daß sie zuvor Mitglied werden. Die Aufnahmebedingungen sind keineswegs leicht. Es ist eine hohe Aufnahmegebühr von ca. 15 Mk. zu bezahlen, worin 3 Monatsbeiträge zu 3 Mk. enthalten sind, die sich auf die verschiedenen Kassen verteilen. An ein Weiterzahlen wird von den in solcher Weise gekeilten Mitgliedern, die ja nur eine Stellung erhalten wollen, gewöhnlich nicht gedacht. So ist es erklärlich, daß sich die Kassen füllen. Auch auf andere Weise wird die Bundeskasse gestärkt. So ist jedes Mitglied verpflichtet, 5 Jahre lang monatlich 1 Mk. in die sogenannte Sparbank zu zahlen. Vor Ablauf dieser Frist soll der Betrag nicht zurückgezahlt werden, höchstens werden kleine Darlehen gewährt, die wieder retourniert werden müssen. Verliert ein „Sparer" die Mitgliedschaft im ersten Jahre, so hat er keinen Anspruch auf seine Einlagen. Im zweiten Jahre kann er erst bis zur Hälfte, im dritten Jahre bis zu zwei Dritteln, und erst im vierten Jahre, wenn er die Mitgliedschaft verliert oder aufgibt, die ganzen Einlagen der Sparbank zurückerhalten. Davon werden aber stets die restierenden Beiträge in Abzug gebracht. Der Bund macht dabei also ein recht einträgliches Geschäft. Wie es dann mit dem angeblichen „Rechtsschutz" aussieht, kann man sich hiernach lebhaft denken. Was das Fachorgan anlangt, so ist die darin gebotene Kost dieses gelben Bundes würdig. So will man von der Organisierung der weiblichen Personen und des gesamten Hilfspersonals nichts wissen. Wie man unter solchen Gesichtspunkten eine Besserung der beruflichen Verhältnisse erreichen will, ist unbegreiflich, zumal dort vor jeder energischen Tat mutig der Rückzug angetreten wird. Zudem hat sich der Bund noch mit ähnlichen reaktionären Gehilfenvereinen zu einem sog. „Nationalen Kartell" verbunden, bei dessen Gründung wieder einmal die liebe Geistlichkeit, Liz. Mumm und Genossen, mitwirkte. Die Hauptaufgabe dieses Kartells ist die Bekämpfung der freiorganisierten Gastwirtsgehilfen, deren Organisation allein mit Energie und ohne Rücksicht auf Unternehmer für die Verbesserung der Verhältnisse arbeitet. Diejenigen, welche Kinder oder andere Angehörige im Gastwirtsgewerbe beschäftigt haben, werden gut tun, sich auch davon zu überzeugen, daß dieselben auch der modernen Gewerkschaft angehören. Bei den herrschenden Mißverhältnissen ist der Kampf des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen ein recht schwerer, so daß er wohl der Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft bedarf.

Wie muß ein guter Werkführer beschaffen sein? Die Firma Gerson u. Wolf in Stuttgart hat es fertig gebracht, den größten Teil ihrer alten und tüchtigen Arbeiter aufs Pflaster zu setzen, angeblich weil keine Arbeit mehr vorhanden war. Der seit ungefähr zwei Jahren in dem Betrieb angestellte Werkführer Durst ließ es beim Entfernen der Arbeiter an der nötigen Schneidigkeit nicht fehlen, sodaß in der Arbeiterschaft allgemein die Ansicht vorhanden ist, daß nur Durst schuld an diesen Entlassungen sei, da ja früher die Firma stets bestrebt war, ihren Stamm alter Arbeiter zu halten. Erklärlich wird das Verhalten des Herrn Durst, wenn man weiß, welche Eigenschaften die Firma an einem Werkführer hochschätzt. Folgender Brief gab Aufschluß darüber:

Herren M. u. B. in K.!

Wir gestatten uns hiermit, Sie um die kollegiale Gefälligkeit einer Auskunftserteilung zu bitten, und zwar über Ihren Werkführer G. G. Derselbe meldete sich als Werkführer für unseren ganzen Betrieb. Bevor wir jedoch mit dem Manne in nähere Verbindung treten, möchten wir Sie um eine kurze Auskunft über einige uns wichtige Punkte bitten.

1. Ist G. eine energische Persönlichkeit, um mit etwas über 100 meist älteren und sehr erfahrenen guten Möbeltischlern fertig zu werden? Die hiesigen Arbeiter sind anspruchsvolle Sozialdemokraten vom reinsten Wasser.

2. Ist er besonders tüchtig im Polieren der feineren Holzarten, war er überhaupt ein gewandter Kunsttischler, der auch in den modernen Beizverfahren versiert ist?

3. Ist G. geübt im Holzeinkauf?

4. Ist er von solider Lebensführung und gutem, zuverlässigem Charakter, der treu zu seinem Hause hält?

Für Ihre Bemühungen zum voraus verbindlichst dankend, zeichnen wir, zu Gegendiensten stets gerne bereit

Gerson u. Wolf.

Jedenfalls ist das Zeugnis nicht zugunsten des G. ausgefallen, denn seine Anstellung ist damals nicht erfolgt, sondern der obengenannte Herr Durst hat es übernommen, die sehr erfahrenen guten Möbeltischler, die als gute Arbeiter auch gute Sozialdemokraten sind, zu „bändigen". Eins aber geht mit aller Deutlichkeit aus dem Schreiben hervor, nämlich, daß das den Arbeitern gegenüber angewandte System auch auf die Werkführer Anwendung findet. Wir überlassen es den Werkführern, sich mit dieser Tatsache abzufinden.

Unter dem neuen Vereinsgesetz. Am Mittwoch (Bußtag) wollte der Gemeindearbeiterverband in Königsberg für alle städtischen Arbeiter und Angestellten eine öffentliche Protestversammlung gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer abhalten. Kurz vor Eröffnung der Versammlung erschien ein Polizeikommissar und erklärte, daß die öffentliche Versammlung des Bußtages wegen nicht stattfinden dürfe. Da die Gemeindearbeiter in Königsberg ziemlich stark organisiert sind und auch eine große Zahl Mitglieder zu der Versammlung erschienen war, so wollte der Vorstand des Verbandes eine Mitgliederversammlung abhalten, die selbst nach der Verfrommungsordnung gestattet ist. Doch der schneidige Polizeikommissar erklärte, daß auch die Mitgliederversammlung nicht stattfinden dürfe! Er verbiete überhaupt jede Versammlung! Gegen das Verhalten der Polizei soll Beschwerde geführt werden.

Hue nicht erkrankt. Die Meldung, daß Genosse Hue einen schweren Blutsturz erlitten habe, ist unrichtig. Hue ist Sonnabend im Reichstage erschienen.

Abgesägter Reichsverbändler. Vor zirka einem Jahre wurde in Dresden als Generalsekretär des Reichsverbandes ein bisheriger Berichterstatter der „Dresdener Nachrichten", Köhler-Haußner, installiert. Man hörte zunächst lange nichts Besonderes von ihm. Vor einigen Monaten aber meldete er sich in einer von den Sozialdemokraten arrangierten Versammlung zum Worte, erhielt es aber nicht infolge eines Antrages eines Genossen, ihn nicht reden zu lassen als Beamten des Reichslügenverbandes. Der Mann erhob Klage und der Kennzeichner des Redelustigen wurde zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. In einer anderen sozialdemokratischen Versammlung, die vor einigen Wochen stattfand, erschien der Mann wieder. Er war wahrscheinlich von seinem Chef beauftragt, die Sozialdemokratie totzureden. In dieser Versammlung wurde ihm vom Bureau gegen den Widerspruch der Versammlung das Wort erteilt — und das wurde sein Verhängnis. Er redete einen derartigen Unsinn zusammen, daß die Versammelten aus den Heiterkeitsausbrüchen nicht herauskamen und er nach verhältnismäßig kurzer Zeit ganz geknickt wieder abtrat. Der Referent zerpflückte die Ausführungen des unglücklichen Generalsekretärs entsprechend und prophezeite ihm ebenso wie der Vorsitzende, daß er bald von seinem „hohen Vorgesetzten", dem Herrn Liebert, den blauen Brief bekommen werde. Das ist jetzt eingetreten, nachdem er nach seinem verunglückten Debut nicht wieder hervorgetreten ist. — Das ist nun schon seit dem Bestehen des glorreichen Reichsverbandes der 2. Generalsekretär, der aus Dresden gehen muß. Es muß doch nicht so leicht sein, als moderner Ritter Georg den Drachen Sozialdemokratie zu erlegen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 23. November.

Das Recht der Zeugnisverweigerung für Zeitungsredakteure. In einem vor kurzem erlassenen Urteil hat das Oberlandesgericht zu Hamburg sich dahin ausgesprochen, daß Zeitungsredakteure auf Grund der Bestimmungen der Zivilprozeßordnung über das Recht zur Zeugnisverweigerung befugt seien, die Antwort auf Fragen nach dem Namen ihres Gewährsmannes, der ihnen einen (vom Kläger) beanstandeten Artikel eingesandt hat, abzulehnen. In den sehr bemerkenswerten Entscheidungsgründen wird, wie „Das Recht" mitteilt, folgendes ausgeführt: „Die Aufgabe der Tageszeitungen, Fragen von wirtschaftlicher Bedeutung zu erörtern, läßt sich nur erfüllen, wenn die Leiter des Blattes, da sie selbst unmöglich alle mannigfaltigen Verhältnisse des Wirtschaftslebens näher beobachten können, Verbindungen unterhalten, die ihnen das zum Abdruck geeignete Material zuführen. Und Einsender von Artikeln über Vorgänge in der praktischen Volkswirtschaft werden sich nur finden, wenn ihnen die Geheimhaltung ihres Namens auf Wunsch sicher ist, insbesondere in Fällen, wo der Gewährsmann nach der Natur des Stoffes Vorgänge in Privatbetrieben offen zu legen hat, die als Unterlagen für die Beurteilung der aufgeworfenen Fragen ihm nicht entbehrlich erscheinen. In solchen Fällen muß er dagegen gesichert sein, daß er eventuell persönlich zur Verantwortung gezogen wird, und muß der Redakteur ihm die Gewähr dafür bieten, daß er Diskretion üben kann. Die Tagespresse würde ihre Aufgabe schlechterdings nicht zu erfüllen vermögen, wenn die Redakteure durch den Zeugniszwang genötigt wären, die Einsender der gebrachten Artikel namhaft zu machen und sie damit den Angriffen verletzter Interessen preiszugeben. Der Name des Gewährsmannes ist danach eine den Redakteuren kraft ihres Gewerbes anvertraute Tatsache, deren Geheimhaltung durch die Natur derselben geboten ist, weil es sich von selbst versteht, daß ein Gewährsmann, der bei der Publikation selbst hat ungenannt bleiben wollen, auch nachträglich nicht hervortreten will, und weil eine berechtigte Verkehrssitte bei öffentlichem Interesse an ungebundener Erörterung gewisser Fragen die Redaktionen als verpflichtet ansieht, das Geheimnis des Namens zu wahren."

Schwankende Gesundheit. Die Gesundheitsverhältnisse haben sich in ersten Novemberwoche vom 1. bis zum 7. in der Mehrzahl der deutschen Städte im Vergleich mit dem Oktober etwas gebessert. Auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet starben in den Städten mit mindestens 60 000 Einwohnern in: Aachen 15,5, Altona 18,2, Augsburg 17,0, Barmen 10,7, Berlin 14,4, Beuthen 13,7, Bielefeld 4,8, Bochum 12,7, Bonn 15,4, Borbeck 21,3, Braunschweig 17,4, Bremen 14,7, Breslau 18,4, Charlottenburg 11,4, Chemnitz 13,6, Danzig 15,9, Darmstadt 11,1, Dessau —, Dortmund 16,3, Dresden 12,6, Deutsch-Wilmersdorf 10,3, Duisburg 12,0, Düsseldorf 13,6, Elberfeld 12,2, Elbing —, Erfurt 12,,8 Essen 14,8, Flensburg —, Frankfurt a. M. 13,2, Frankfurt a. O. 20,6, Freiburg i. B. 18,6, Fürth 22,9, Gelsenkirchen 18,6, M.-Gladbach 10,9, Gleiwitz 16,6, Görlitz 22,8, Gera —, Hagen 10,0, Halle a. S. 16,2, Hamborn 20,1, Hamburg 15,1, Hannover 14,5, Harburg —, Heidelberg —, Karlsruhe 8,5, Kassel 14,7, Kaiserslautern —, Kiel 14,2, Koblenz —, Köln 16,5, Königsberg i. P. 18,2, Königshütte 14,1, Krefeld 9,4, Leipzig 15,5, Lichtenberg 15,2, Liegnitz 15,9, Linden 11,8, Lübeck 11,3, Ludwigshafen 8,7, Magdeburg 16,2, Mainz 15,0, Mannheim 14,1, Metz 21,6, Mülhausen i. E. 16,0, Mülheim a. d. R. 16,6, München 16,1, Münster 12,5, Nürnberg 15,2, Oberhausen —, Offenbach 10,3, Osnabrück 13,1, Pforzheim 8,9, Plauen i. V. 11,2, Posen 27,9, Potsdam 10,0, Remscheid 10,0, Rixdorf 12,9, Rostock 14,6, Schöneberg 11,1, Solingen —, Spandau 13,5, Stettin 20,7, Straßburg i. E. 19,8, Stuttgart 14,6, Ulm —, Wiesbaden 12,9, Worms —, Würzburg 17,0, Zabrze 26,6, Zwickau 24,3.

Handelsregister. Am 20. November 1908 ist die Firma Immobiliengesellschaft in Lübeck, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck, eingetragen. Geschäftsführer sind: Kaufmann W. Cohn und Assessor E. Häßler, beide in Lübeck. Zweck der Gesellschaft: Verwertung und Verwaltung, der Ankauf und der Verkauf von Grundstücken, die Herstellung von Straßen und Geleisanlagen, die Eingehung und Vermittlung von anderen, im Grundstücksverkehr vorkommenden Geschäften, sowie die Beteiligung an anderen gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgenden Gesellschaften. Das Grundkapital beträgt 300 000 Mk. Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. November 1908 geschlossen.

Güterrechtsregister. Am 20. November 1908 ist bezüglich der Ehe des Schlachtergesellen F. C. Krüger in Lübeck und dessen Ehefrau G. C. M. geb. Strunck, z. Zt. in Curau, eingetragen: Der Mann hat das Recht seiner Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

Schwerin. Die mecklenburgische Wahlreform rückt um einen charakteristischen Schritt weiter. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin hat an die Landtagskommissarien ein Reskript erlassen, in dem es unter anderem heißt: „Wie wir bereits in unserem Landtagsabschied am 21. Oktober kundgegeben haben, sind wir entschlossen, die zwecks Durchführung der von uns für ein unabweisbares Bedürfnis erkannten Reformen der bestehenden Landesverfassung eingeleiteten Verhandlungen fortzusetzen, bis sie zu einem dem Lande dienlichen Ergebnis geführt haben, und wollen im Einvernehmen mit dem Großherzog von Mecklenburg-Strelitz jene Verhandlungen wiederaufnehmen auf der Grundlage der von uns bei dem diesjährigen außerordentl. Landtage hinausgegebenen Gesetzesvorlage, sowie unter Berücksichtigung der Ausführungen unseres Reskripts vom 12. Oktober und der Erklärungen, welche unsere Landtagskommissarien bei den während des Landtages geführten kommissarisch-deputatischen Verhandlungen abgegeben haben. Da wir es jedoch für angezeigt erachten, die in Aussicht genommene weitere Beratung und Beschlußfassung unserer getreuen Stände außerhalb des Landtages durch kommissarisch-deputatische Verhandlungen vorzubereiten, so fordern wir Euch auf, die Hinausgabe dieses Reskripts unsere getreuen Stände bei dem gegenwärtigen Landtage zur Erwählung von Deputierten für die bezeichneten Verhandlungen mit dem Bemerken zu veranlassen, daß wir der Mitteilung des Wahlergebnisses noch vom Landtage aus entgegensehen. Friedrich Franz." Dieses „Reskript" ist ein prachtvolles Dokument mecklenburgischer Kulturzustände aus dem zwanzigsten Jahrhundert.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine Schülertragödie vor Gericht. Der Oberlehrer Hermann Faubel vom Sophien-Realgymnasium wurde von der 10. Strafkammer des Landgerichts Berlin wegen vorsätzlicher Körperverletzung, begangen im Amte, in zwei Fällen zu 150 Mk. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 300 Mk. Geldstrafe beantragt. Der Angeklagte hatte, wie erinnerlich, den 16jährigen Untersekundaner Walter Mathäus heftig geschlagen, so daß der junge Mann wegen verletzten Ehrgefühls sich am Abend desselben Tages in der elterlichen Wohnung entleibte. Oberlehrer Faubel ist von der Disziplinarbehörde außerdem mit 90 Mk. Geldstrafe belegt und an eine andere Schule versetzt worden.

Kinder im Gefängnis. Die Strafkammer in Erfurt verurteilte den sechzehnjährigen Tischlerlehrling Schleenvogt aus Greußen wegen dreizehn Brandstiftungen zu acht Jahren Gefängnis. — Man faßt sich beim Lesen dieser Zeilen unwillkürlich an den Kopf und fragt sich: Wie ist es nur möglich, daß ein solches Urteil gefällt werden konnte?

Harte Strafen für „gemeine" Soldatenschinder. Das Kriegsgericht der 31. Division in Straßburg verurteilte zwei „alte Leute" von der 5. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 132 wegen schwerer Mißhandlung eines Rekruten zu vier Monaten bezw. drei Monaten Gefängnis. Aus ganz geringfügigem Anlaß — der Rekrut hatte einem der alten Leute einen Bogen Papier nicht gegeben — zogen sie dem Rekruten in der Nacht die Schlafdecke über den Kopf und schlugen vereint auf den Wehrlosen ein. Der Stabsarzt stellte am ganzen Kopfe blaue Flecke und blutunterlaufene Ohrmuscheln fest. In der Begründung des Urteils heißt es, daß deshalb auf eine exemplarische Strafe erkannt worden sei, um der Schreckensherrschaft und dem Terrorismus der alten Leute entgegen zu wirken. Dagegen kann man nichts haben, im Gegenteil. Aber zu wünschen ist, daß auch gegen die betreßten Soldatenschinder mit den gleichen harten Strafen vorgegangen wird.

Gefängnisstrafe für den Prinzen Leo Radziwill. Eine wohlverdiente Strafe hat den Prinzen Leo Radziwill dafür getroffen, daß er ein junges Mädchen mit seinem Automobil überfuhr und tötete. Er wurde vom Gericht in San Remo zu einem Monat Gefängnis, 500 Lire Geldstrafe und zur Zahlung von 5000 Lire Entschädigung an die Eltern des Mädchens verurteilt. Das Urteil ist immer noch milde genug.

Aus Nah und Fern.

Gaunereien in großem Umfange sind in den letzten Tagen von Braunschweig aus durch zwei Personen verübt worden, die sich verschiedene Namen beigelegt hatten, und nachdem ihnen der Boden zu heiß geworden war, Braunschweig schleunigst verließen. Vor 14 Tagen mietete sich dort ein angeblicher Architekt Walter Kleffmann ein, der für einen zweiten, der sich Ingenieur Peter Wolf und Geometer Otto Fahrenbach nannte, in zwei verschiedenen Gegenden der Stadt ein Zimmer mietete. Beide ließen sich hier Briefbogen und Kuverts mit ihrem angeblichen Namen und Stand drucken und begannen nun ihre Gaunereien. Der angebliche Kleffmann, der sich mit diesem Namen den Zunamen eines angesehenen Architekten und Zimmermeisters beigelegt hatte, bestellte in allen Gegenden Deutschlands wertvolle Jagdgewehre, optische Gläser, Brillanten usw. zur Ansicht und gab als Referenz seinen Spießgesellen Wolf und Fahrenbach an, der natürlich die beste Auskunft über den Besteller gab. So trafen in wenigen Tagen eine Unmenge Waren aller Art bei dem Gauner ein, die bald einen großen Schrank füllten und schleunigst wieder zu Gelde gemacht wurden. Einen Teil der Waffen, darunter Drillinggewehre im Werte von 300 Mark, verkaufte er an Forstbeamte des Herzogtums, von denen er ein vollständiges Adressenverzeichnis besaß. Da die Polizei eine ziemlich genaue Beschreibung der Gauner besitzt, ist zu hoffen, daß es bald gelingen wird, sie unschädlich zu machen.

Eine mysteriöse Verhaftung. In Brest ist nach dem „B. T." der preußische Reserveleutnant Referendar Wilhelm von Braun aus Berlin unter dem Verdacht homosexueller Vergehen mit Schülern verhaftet worden. Braun wohnte in einem ersten Hotel der Stadt und hat wiederholt junge Leute zwischen dreizehn und fünfzehn Jahren durch Geschenke in seine Wohnung gelockt. — In einem ganz anderen Licht erscheint die Affäre nach der folgenden Meldung der „N. Fr. Pr." Danach wurde in Brest der Leutnant der Reserve im zweiten Gardeartillerie-Regiment, Wilhelm von Braun, Referendar an einem Berliner Gericht unter der Beschuldigung verhaftet, Bergleute zum Streik verleitet (?) zu haben. Unter den bei ihm beschlagnahmten Papieren befanden sich ein Verzeichnis seiner Korrespondenz und Generalstabskarten. Neun Koffer des Verhafteten wurden versiegelt. 87 Notizbücher mit Informationen genau untersucht. Der Referendar unterhielt eine rege Korrespondenz. Seinen letzten Brief hat er aus Leipzig erhalten. Man wird gut tun, weitere Meldungen abzuwarten, ehe ein Urteil über die bis jetzt noch sehr unklare Affäre gefällt werden kann.

Zuzug von Stadtvätern ist fernzuhalten! Diese Nachricht kommt aus dem schönen Städtchen Schöneberg im schlesischen Riesengebirge. Dessen rund 1700 Einwohner haben ihr kommunales Wohl und Wehe einem Stadtparlament von 12 Mann anvertraut. Als nun das zentrümliche „Schöneberger Wochenblatt" anläßlich des im Städchen eben tobenden Stadtverordneten-Wahlkampfes gegen die Gesamtheit der bisherigen Stadtväter verschiedene Angriffe richtete, legten diese tiefgekränkt alle 12 Mann hoch ihre Mandate nieder und Schöneberg ist nun ohne parlamentarische Regierung.

Ein förmlicher Konflikt ist in Magdeburg zwischen der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat ausgebrochen. Den Anlaß hierzu gab die Anstellung eines Oberarztes an einer der Krankenanstalten. Während die Stadtverordneten der Ansicht sind, daß die Anstellung von Beamten, die nicht Gemeindebeamte im engeren Sinne sind, nur durch Beschluß sowohl der Stadtverordneten als auch des Magistrats erfolgen können, steht der Magistrat auf dem Standpunkt, daß er allein das Anstellungsrecht hat, und nur die Stadtverordneten gutachtlich zu hören braucht. Er weigert sich deshalb, ein Ortsstatut vorzulegen, das die Mitwirkung der Stadtverordneten in dieser Frage regelt.

Das Drama im Leipziger Reichsgerichtssaal. In den Leipziger „Neuesten Nachrichten" gibt der Reichsgerichtsrat Männer, der bei der Bluttat des Kaufmannes Grosser am 16. November selbst schwer verletzt wurde, folgende Schilderung der Tat: Die Streitsumme bei der Revisionsklage des Kaufmannes Grosser beträgt 178 000 Mk. Grosser hat den Prozeß bereits in allen drei Instanzen verloren. Das Reichsgericht war seine letzte Hoffnung. Gestern fand die Verhandlung statt. Grosser folgte dem Verlauf derselben mit regem Interesse. Als um ¾3 Uhr der Senat eintrat, ging Grosser ganz nahe an die Barriere, um das Urteil deutlich zu vernehmen. Es lautete auf Verwerfung des Anspruches Grossers. Und nun geschah das Unerhörte. Grosser schwankte etwas. Die Senatsmitglieder schenkten ihm jedoch keine Beachtung, sondern glaubten, daß er sich entfernen werde. Da krachten in ganz kurzen Intervallen fast salvenartig zehn Revolverschüsse. Grosser stand mit gespreizten Beinen mitten im Sitzungssaal, hielt in der Rechten einen großen, in der Linken einen kleineren Revolver. Wir saßen auf unseren Stühlen, die starren Blicke auf den Mörder gerichtet. Wir waren keine Minute sicher, ob nicht in der nächsten Minute einen von uns das tödliche Blei treffen würde. Ich hatte mich plötzlich von meinem Stuhle erhoben, eilte vor den Richtertisch und wollte mich auf den Angreifer stürzen. Doch im nächsten Moment sank ich getroffen zu Boden; dann weiß ich nicht mehr, was mit mir geschah. Rechnungsrat Straßburg wurde durch einen Schuß getötet. Als ein Diener auf den Lärm der Schüsse in den Saal trat, lag Straßburg blutüberströmt auf dem Boden. Alle Richter saßen geduckt unten den Tischen, wohin sie sich verkrochen hatten, um vor den Schüssen des Attentäters sicher zu sein. Als der Attentäter, der die beiden Revolver im Sitzungssal wegwarf, verhaftet und über den Gang geführt wurde, sagte er: „Wenn sie einem die Ehre nehmen, so muß man sich doch wehren!" Der Irrsinnige oder Verbrecher wurde in das Gefängnis gebracht. Traurig und schaurig sah es in dem friedlichen Sitzungssaal aus, der nur Zivilprozessen dient. Das Befinden des Reichsgerichtsrates Männer hat sich inzwischen glücklicherweise gebessert. Die Kugel drang in die rechte Brustseite, ohne die Lunge zu verletzen. Das Projektil konnte bereits nach vorheriger Durchleuchtung des Körpers mit Röntgenstrahlen entfernt werden. Grosser mußte sich im Jahre 1887, also als 30jähriger Mann, dazu bequemen, einen sogenannten „Erbentsagungsvertrag" zu unterzeichnen. Er war also abgefunden, als im Jahre 1900 sein Vater starb. Dieser besaß nicht zwei Millionen, wie Grosser behauptet hat, sondern etwa eine halbe Million, und auch dieser Besitz bestand zum Teil aus Grundeigentum, das sehr stark belastet war. Im Jahre 1905 brauchte Grosser wiederum Geld, obwohl er inzwischen von seinem Schwager, dem Geheimen Oberpostrat Wachholz, und von seinen übrigen Verwandten große Summen erhalten hatte. Er focht nun das Testament seines Vaters trotz des vorerwähnten Verzichtes an, wurde aber vom Gericht abgewiesen, obwohl sein Schwager Geheimer Oberpostrat Wachholz und Grossers jüngerer Bruder auf den Einwand der Verjährung ausdrücklich verzichtet haben, um endlich durch Richterspruch auseinander zu kommen. Kaum war seine Klage abgewiesen, als Grosser aufs neue mit Klagen und Drohungen hervortrat. Auch jetzt gelang es ihm wieder, eine Klage gegen seine Schwester, Frau Geheimrat Wachholz, durch alle Instanzen bis zum Reichsgericht hindurchzubringen. Der verhängnisvolle Schuß schloß diesen Prozeß ab.

Vielseitigkeit. Unter den jüngeren Mitgliedern des Hohenzollernhauses zeigt sich nicht nur eine außergewöhnliche Begabung für die Wissenschaft, sondern auch für Industrie und Viehzucht. Prinz August Wilhelm hat nach vier Semestern sein Doktorexamen bestanden. Der Kronprinz hat einen neuen Mechanismus für Manschettenknöpfe erfunden und ein Patent darauf genommen, und jetzt teilt die Presse mit, daß sich die Kronprinzessin eingehend mit der Hühnerzucht befaßt.

Festgenommener Schwindler. Ein Diamantschleifer erschien in der Filiale des Metallarbeiterverbandes in Aschaffenburg, legitimierte sich als Bevollmächtigter des Metallarbeiterverbandes, prüfte die Kasse und entnahm derselben gegen eine gefälschte Quittung 300 Mk. Er wurde in Hanau verhaftet.

Ein fünffacher Frauenmörder hingerichtet. Der Frauenmörder Koch aus Oberndorf wurde Sonnabend früh 7½ Uhr in Weimar durch den Scharfrichter Hirsch aus Gotha, der mit drei Gehilfen anwesend war, mittels Fallbeils enthauptet. Koch hat Freitag abend, kurz bevor ihm das Abendmahl gereicht wurde, drei weitere Frauenmorde eingestanden. Im ganzen hat der Mörder demnach fünf Mordtaten eingestanden. Er war bis zum letzten Augenblick stumpfsinnig und reuelos. Die drei Mordtaten beziehen sich auf die Holzhändlerin Schmidt aus Neustadt am Rennsteig, die Holhändlerin Fuff aus Unter-Alba und eine Frau Müller aus Apolda. Koch hat auch diese Frauen in seine Wohnung gelockt, erschlagen und zerstückelt.

Meuterei im Gefängnis. 800 Insassen des Gefängnisses in Granada drangen in die Schlafzimmer der Wächter, fesselten sie und bemächtigten sich ihrer Waffen. Ein Kommissar, der sich zur Wehr setzte, wurde erdolcht. Da die Meuterer die Torschlüssel nicht finden konnten, erstiegen sie die Mauern, um zu fliehen. Die Schildwachen feuerten, worauf der Direktor und Soldaten herbeieilten. Auch die Behörden wurden alarmiert. Die Sträflinge verschanzten sich im Gefängnis, das von den Truppen im Sturme genommen werden mußte. Militär und Gendarmerie gaben Schüsse ab, worauf die Meuterer sich ergaben.

Des zweifachen Mordes verdächtig. Aus Paris wird gemeldet: Der zwanzigjährige Remy-Couillard, der Kammerdiener der Witwe des Malers Steinheil, deren Gatte und Schwiegermutter vor einigen Monaten ermordet wurden, wurde unter dem Verdacht verhaftet, den Mord verübt zu haben. Frau Steinheil hatte durch einen Zufall bei Couillard eine Perle gefunden, die aus einem damals geraubten Ring gebrochen war. Trotz dieser schweren Verdachtsmomente beteuerte Couillard seine Unschuld. Frau Steinheil erklärte einem Interviewer, sie habe Couillard von Anfang an als den Mörder angesehen, ihn jedoch absichtlich im Dienst behalten, in der Hoffnung, daß es ihr gelingen würde, ihn seines Verbrechens zu überführen.

Heuschreckenplage. Wie von den Kanarischen Inseln berichtet wird, ist dort die Fruchternte durch rote Heuschrecken mit Vernichtung bedroht. Ganze Züge dieser Insekten wurden durch starke Winde von Afrika nach den Inseln getragen; gewaltige Mengen fielen in die See, behielten aber Kraft genug, auf den Strand zu kriechen. Eine gleiche Plage wird aus dem Süden von Spanien gemeldet.

Humoristisches.

Aus der „Jugend". Man spricht von den nachtjiegien hygienischen Wirkungen der Gummischuhe. „Ja, das habe ich auch gemerkt," erklärt einer der Anwesenden. „So oft ich morgens mit den Galoschen an den Füßen erwacht bin, habe ich noch stets Kopfweh gehabt."

Laubenbesitzer (Neuling): „Woran es nur liegen mag, daß das Gras noch immer nicht aufgeht?" — Frau: „Solltest du den Samen etwa verkehrt — das oberste nach unten — eingesetzt haben?"

Testator: „Hiermit vermache ich all meine irdischen Besitztümer meiner Frau, unter der Bedingung, daß sie sich innerhalb eines Jahres wieder verheiratet. — Advokat: „Aber warum denn eine solche Bedingung?" — Testator: „Damit wenigstens einer meinen Tod betrauert."

Handels- und Marktnachrichten

Lübecker Marktpreise vom 21. November.

Bauern-Butter Pfd. 1,20—1,25 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,35-1,40 Mk., Hasen 3,00-3,50 Mk., Enten 3—3,50 Mk., Hühner 1,60—2,20 Mk., Küken Stck. —1,60 Mk., Tauben Stück 0,50—0,60 Mk., Gänse Pfd. 72—75 Pf., Fliegans 2 Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mk., Schweinskopf Pfund 50 Pfg., Wurst Pfd. 1,20—1,30 Mk., Eier 6 Stck. 60 Pfg., Heringe 5 10 Pfg., Dorsche genügend, Süßwasserfische genüg., Karpfen Pfd. 1 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk. Schlete Pfd. —1,40, Brachsen Pfd. 60—70 Pfg., Hechte Pfd. 70-80 Pfg., Barsche Pfd. 60—70 Pfg., Aal Pfd. 1,— Mk. Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genügend. Blumenkohl, d. Kopf 0,25—0,30 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kirschen Pfd. — Pfg., Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pf., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk. Aland Pfd. — Pfg.

Steinschanz-Viehmarkt
21. November.

Der Schweinehandel verlief flau.

Zugeführt wurden 1831 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 66—67 Mk., leichte 66—67 Mk., Sauen 65—66 Mk., Ferkel 60—64 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtliche in Lübeck.

Der Neid und Haß

der Konkurrenten ist der beste Beweis dafür, wie unangenehm sie es empfinden, daß „Kathreiners Malzkaffee" sich der steigenden Beliebtheit der nach Millionen zählenden Anhänger erfreut.

Wer „Kathreiners Malzkaffee" noch nicht kennt, mache einen Versuch und kaufe ein Paket für 10 Pf., überall erhältlich.